



CHIQUITA

Wenn Bananen krank machen



Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION

Romeo Regenass (D) und
Karine Pfenniger (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK

opak.cc

COVER

opak.cc

DRUCK

Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE

D: 26 700 Ex. / F: 10 600 Ex.

ISSN

2504-1266

KONTAKT

Public Eye
Dienerstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999

kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

Das Public Eye Magazin erscheint
6-mal jährlich, davon einmal als Jahres-
bericht, in Deutsch und Französisch.

SPENDENKONTO

IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Ausbeutung in der Bananenproduktion? Gehört für Chiquita zum Geschäft.

Es gibt nur wenige Konzerne mit einer Geschichte, die derart von Gewalt geprägt ist wie diejenige der United Fruit Company – heute Chiquita: Der Name des 1899 in den USA gegründeten Bananenproduzenten steht sinnbildlich für neokoloniale Ausbeutung, brutale Unterdrückung von Arbeitsrechten und gewaltsame Sicherung politischer Interessen in Lateinamerika. Was weniger bekannt ist: Seit 2008 hat Chiquita einen von zwei Hauptsitzen in der Schweiz, im beschaulichen – und steuergünstigen – Etoy im Kanton Waadt.

Heute präsentiert sich der Konzern als «Nachhaltigkeitspionier» und wirbt mit «fairen Arbeitsbedingungen». Arbeiter*innen auf Zulieferplantagen von Chiquita in Guatemala haben meinem Kollegen Adrià Budry Carbó jedoch eine ganz andere Geschichte erzählt. Sie berichten von Arbeitszeiten, die jeden Rahmen sprengen: bis zu zwölf Stunden harte körperliche Arbeit pro Tag, bei brütender Hitze, unter massivem Zeitdruck. Und das für Löhne, die oft unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen. Nicht nur das: Die Pflücker sind hochgiftigen Pestiziden, die auf ihre Haut, ihre Kleidung und ihre Lebensmittel gelangen, schutzlos ausgesetzt. Und wer sich wehrt oder an Gewerkschaftssitzungen teilnimmt, riskiert die Kündigung und findet in der Branche kaum mehr Arbeit. Nachhaltig scheint bei Chiquita vor allem die Tradition der Ausbeutung zu sein.

Und in der Schweiz? Zahlte der Konzern von 2015 bis 2024 im Durchschnitt lächerliche 6,8 % Steuern – und schüttete Dividenden in der Höhe von 850 Millionen US-Dollar an die zwei Besitzerfamilien aus.

Ich schäme mich für solche Schweizer Konzerne. Und ich schäme mich dafür, dass unser Land noch immer als sicherer Hafen für skrupellose Unternehmen dient, die hier hohe Gewinne einfahren und anderswo grundlegende Menschenrechte missachten. Die gute Nachricht: Mit der neuen Konzernverantwortungsinitiative, zu der der Gegenvorschlag des Bundesrats derzeit in Vernehmlassung ist, haben wir einen Hebel zur Veränderung.

Doch bis dahin dürfen wir nicht wegschauen. Mit einer digitalen Demonstration vor dem Hauptsitz von Chiquita solidarisieren wir uns mit den Plantagenarbeiter*innen in Guatemala und fordern einen gesetzlichen Mindestlohn, Schutz vor Pestiziden und garantierte Gewerkschaftsfreiheit. Protestieren Sie mit uns! Mehr dazu auf der Rückseite dieses Magazins. Lassen wir nicht zu, dass der Konzern Chiquita in der Schweiz seine ausbeuterische Geschichte fortschreibt!

Rebekka Köppel, Verantwortliche Web und Kampagnen



04 **Arbeiten für Chiquita bedeutet Ausbeutung, Repression und Pestizide**

Mindestlöhne werden nicht eingehalten, giftige Agrochemikalien werden aus der Luft versprüht, und um den Zeitdruck auszuhalten, schlucken die Arbeiter Medikamente: Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen und Zulieferbetrieben von Chiquita in Guatemala sind prekär. Public Eye war vor Ort und dokumentiert die dunkle Seite der Bananenproduktion durch einen Schweizer Konzern.

16 **Chiquita, der Schweizer Bananenkonzern**

Angelockt von einem unschlagbaren Steuerdeal macht der Bananenhändler die Schweiz zur Drehscheibe seines so grossen wie berühmten Geschäfts. Seit 2008 hat der Konzern einen seiner zwei Konzernsitze im Kanton Waadt.



20 **Der Missbrauch von Patenten auf Krebsmedikamente ist ein Albtraum für Krankenkassen**

In einer aufwendigen Studie hat Public Eye die Patente des US-Unternehmens MSD für seinen Bestseller Keytruda untersucht. Sie sichern dem Konzern ein Verkaufsmonopol von über 30 Jahren. Die Zeche bezahlen Versicherer und das öffentliche Gesundheitswesen.

26 **Zweiter Freispruch für Public Eye im Fall Kolmar**

Die Autorinnen und der Autor eines Berichts von Public Eye und Trial International über die Beteiligung der Zuger Kolmar Group AG am Handel mit libyschem Diesel während des damaligen Bürgerkriegs in Libyen wurden von der Berner Justiz zum zweiten Mal freigesprochen.

27 **Syngenta verabschiedet sich vom hochgiftigen Paraquat**

Der Basler Agrochemiegigant stellt die Produktion von Paraquat ein. Das Herbizid steht weltweit für unzählige Todesfälle. Das Aus war mehr als überfällig, und es ist ein wichtiger Sieg für die öffentliche Gesundheit.

28 **Genfer Ölhändler Totsa steht unter Korruptionsverdacht**

Eine Voruntersuchung von Frankreichs Staatsanwaltschaft für Finanzdelikte wegen eines Korruptionsverdachts in Gambia hat zur Durchsuchung der Büros des Genfer Ölhändlers Totsa geführt.



Toxische Bananen

Chiquita und die geschundenen Körper

Mit seinem Bananenimperium beutet Chiquita in Guatemala Landarbeitende aus. Trotz dem Nachhaltigkeitslabel Rainforest Alliance sind die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen prekär: Mindestlöhne werden nicht eingehalten, aus der Luft werden giftige Agrochemikalien versprüht, und um das Arbeitstempo auszuhalten, schlucken die Arbeiter Medikamentencocktails. Public Eye dokumentiert die dunkle Seite der Bananenproduktion durch einen Schweizer Konzern.

TEXT: ADRIÀ BUDRY CARBÓ FOTOS: TOMÁS AYUSO/PANOS

Noch bevor die Sonne den feuchten Nebel an der Südküste Guatemalas durchbricht, erwacht die Bananenplantage im Morgengrauen zum Leben. Auf den Plantagen, die im Auftrag von Chiquita durch Subunternehmen betrieben werden, schlängeln sich Landarbeiter mit ausgemergelten Gesichtern zwischen den Bananenstauden hindurch. Ihre Gummistiefel versinken im schwarzen Schlamm. Am Gürtel tragen sie scharfe Macheten. Sie alle wissen, dass es ein langer Arbeitstag wird: zehn bis zwölf Stunden, für wenig Geld. Oft verdienen sie nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn.

José Maldonado* reibt sich die Unterarme. Das Jucken kommt von den ausgebrachten Pestiziden. Er sagt nicht viel, aber seine knorrigen Hände sprechen für ihn. Die jahrelange Arbeit hat etliche Narben hinterlassen, eine Wunde ist gar noch offen. «Der menschliche Körper ist keine Maschine», flüstert er und zeigt seine letzte Lohnabrechnung: 1198 Quetzal, das sind netto knapp 105 Franken für zwei Wochen Arbeit. Und 35% weniger, als der nationale Mindestlohn in der Landwirtschaft vorschreibt.

Im Schatten der Bananenstauden senkt José den Blick. Seine Geschichte ist verwoben mit der Geschichte dieser Region und der Menschen, die das Land bewirtschaften. Seine Brüder Rogelio* und Luis* verrichten die gleiche Arbeit, atmen die gleichen Chemikalien ein und verdienen nach zwei Wochen genauso wenig. Die Familie Maldonado lebt für die Bananenindustrie – und leidet gemeinsam an den gesundheitlichen Folgeschäden.

Im November 2025 bereist Public Eye Guatemala. Von der Hafenstadt Puerto Barrios im Nordosten bis nach Puerto San José im Süden des Landes. Ziel ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen auf den Plantagen des Konzerns Chiquita, der seit 2008 im Kanton Waadt ansässig ist, und jenen seiner Subunternehmer zu dokumentieren.

Am Rande der Bananenplantagen und in behelfsmässigen Unterkünften spricht Public Eye mit Dutzenden Menschen, die Bananen pflücken, mit Pestiziden behandeln, entblättern, verpacken und versiegeln. All diese Tätigkeiten erfolgen sowohl direkt für Chiquita als auch für die zahlreichen Subunternehmer des Konzerns an der





Pater Leonel weiss: «Viele hier fürchten nicht nur um ihren Arbeitsplatz, sondern auch um ihr Leben.»

Südküste des Landes, wo Public Eye viele Produktionsstandorte ausfindig machen konnte. Überall zeigt sich das gleiche Bild. Die Menschen berichten von extremer Müdigkeit, unzureichenden Löhnen, ungeschützter Exposition gegenüber Chemikalien, Einschränkungen der Gewerkschaftsfreiheit. Dies, obwohl im Süden, wo die schlimmsten Bedingungen beobachtet wurden, sämtliche besuchten Plantagen von der Rainforest Alliance zertifiziert sind: Das Label dieser US-amerikanischen NGO soll eigentlich die Biodiversität sowie die Rechte und die Sicherheit der Mitarbeitenden schützen.

Die Recherche von Public Eye zeigt: Landarbeitende auf Bananenplantagen werden massiv ausgebeutet, ihre Grundrechte werden verletzt, und ihre Arbeitsbedingungen verstossen gegen internationale Normen (bspw. den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte oder die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, die auch die Schweiz unterzeichnet hat). Guatemala ist geprägt von Armut, Drogenhandel, grossen Problemen im Strafvollzug und systemischer Gewalt. Auf den Plantagen herrschen Angst und Misstrauen. José Maldonado bringt es auf den Punkt: «Hier kann niemand Nein sagen. Du musst die langen Arbeitszeiten und die Chemikalien auf der Haut ertragen, sonst bist du deinen Job los.» Um die be-

fragten Personen vor Entlassungen und Misshandlungen zu schützen, hat Public Eye die meisten von ihnen sowie die Betriebe, in denen sie beschäftigt sind, anonymisiert.

Was die Brüder Maldonado erzählen, ist kein Einzelfall. Im Süden des Landes konzentrieren sich 85 % der Arbeitsplätze in der Bananenindustrie. Subunternehmen, welche die Plantagen im Auftrag von Chiquita bewirtschaften, setzen auf junge, isolierte und gewerkschaftlich schwach organisierte Arbeitskräfte. Diese wehren sich nicht gegen belastende Arbeitsbedingungen und Überwachung. Die Banane ist hier das grüne Gold, das die Wirtschaft der ganzen Region antreibt. Zu Goldgelb reift die Frucht selten vor Ort.

Mit unserer Reportage tauchen wir ein in Plantagen, in denen die Weltwirtschaft auf das Schweigen von Institutionen trifft, die sich oft mitschuldig machen. In denen Tausende beinahe unsichtbar schufteten. Und wo die Geschichte Guatemalas noch immer mit der Machete geschrieben wird, zwischen Schweiss, Pestiziden und Medikamentencocktails.

«La bomba» als Aufputschmittel

In Puerto San José, einer kleinen Stadt an der Pazifikküste, empfängt Pater Leonel in seiner Pfarrei diejenigen, die es noch wagen, zu sprechen. Er erzählt von erschöpften Arbeitern, besorgten Familien, jungen Menschen, die zwei Wochen lang verschwinden, um auf den Plantagen im Süden zu arbeiten: «Sie kamen in die Kirche. Zuerst wegen Gott ... dann fingen sie an zu reden. Immer wieder.» Der Pater legt seine Hände auf das Pult. In diesem Teil Guatemalas ist die Angst allgegenwärtig: «Man weiss nie, mit wem man spricht. Viele fürchten nicht nur um ihren Arbeitsplatz, sondern auch um ihr Leben.»

Pater Leonel sagt von sich, er sei ein «Vermittler, kein Unruhestifter». Er will «das Soziale aus der Sicht des Glaubens beleuchten und beeinflussen». Prompt wurde ihm der Zugang zu einer kleinen Kirche in der Nähe einer Plantage verwehrt. «Die Türen sind immer verschlossen», meint er. In einer Region, in der die Agrarindustrie dominiert, kann ein Priester zur Bedrohung werden, wenn er denen eine Stimme gibt, die selbst keine haben.

Viele Arbeiter*innen kommen aus Cobán, einer indigenen Stadt im Hochland, zehn Autostunden von Puerto San José entfernt. Weit weg von ihren Communities, ohne Information und Unterstützung, akzeptieren sie die Bedingungen der Plantagen. Seit von der US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID finanzierte Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit einstellen mussten, gibt es noch weniger Hilfe.

In der Not macht sich seit einigen Jahren eine illegale, gefährliche chemische Krücke breit: «la bomba». Es ist eine selbstgemachte





Ein Schild vor einer Bananenplantage warnt vor Agrochemikalien und verbietet den Zutritt.

Mischung aus Tramadol – einem Schmerzmittel aus der Familie der Opioide –, aufgelöst in Raptor, einem Energydrink. «Damit es schneller einfährt», erklärt Pedro*, ein junger Mann, der unter den härtesten Bedingungen gearbeitet hat. Der explosive Cocktail unterdrückt den Hunger, mindert die Müdigkeit und sorgt für ein künst-

liches Wohlbefinden. Um durchzuhalten, trinken die Arbeiter bis zu sieben Bombas pro Tag. «Es gibt einem das Gefühl, dass dein Körper weitermachen kann», sagt Pedro. Tramadol zirkuliert unter der Hand und wird von erfahrenen Arbeitskollegen verkauft, die dafür zuständig sind, die Medikamente zu beschaffen und zu verteilen.

Gewalt im Schatten der Bananenplantagen

Rund um die Häfen von Puerto Quetzal und Puerto Barrios im Süden Guatemalas wechselt die Angst ihr Gesicht. Die Logistikzentren ziehen Schmuggler und kriminelle Netzwerke an. In den letzten Jahren wurden immer wieder Kokainladungen beschlagnahmt, die in Bananenkisten versteckt waren. Die Agrarkonzerne stellen sich als Opfer dar. Manche Gewerkschafter*innen finden jedoch, die Lieferkette müsse «von Anfang bis Ende» gesäubert werden.

Die Angst gründet aber auch in der langen Geschichte der gewerkschaftlichen Unterdrückung. In Guatemala erinnert sich die Arbeiterbewegung noch immer an den Plan Sacapa: Das geheime Programm, das am Ende des Bürgerkriegs (1960–1996) entwickelt wurde, sollte die Gewerkschaften in strategisch wichtigen Sektoren zerschlagen. Das Dokument zum Plan, das lange Zeit geheim gehalten wurde und von Public Eye eingesehen werden konnte, wurde in enger Zusammenarbeit zwischen Armee, Geheimdienst und bestimmten Unternehmen erarbeitet.

Von 2004 bis 2024 wurden in Guatemala nicht weniger als 110 Gewerkschafter*innen ermordet, oft bei gezielten Angriffen durch bewaffnete Männer auf Motorrädern. Im Oktober 2023 wurde eine Arbeiterin einer Tochtergesellschaft des US-Konzerns Del Monte, die einen zweitägigen Streik organisiert hatte, beim Verlassen einer Plantage erschossen. Die meisten dieser Verbrechen werden nie aufgeklärt.



Die Bananenbüschel, die auf Rollen an einer Seilbahn hängen, müssen von Arbeitern zum Teil kilometerweit gezogen werden.

Die Vorgesetzten behaupten, nichts davon zu wissen, sagt Pedro. Aber die Arbeiter*innen sagen alle dasselbe: «Ohne die Bomba würden viele nicht durchhalten.» Angesichts der Arbeitsrhythmen, der Hitze und der fehlenden Pausen ist der Cocktail überlebenswichtig geworden. Ein alltägliches Rauschmittel auf den Bananenplantagen.

Die Folgen dürften schwerwiegend sein. In einem langen Artikel von Oktober 2024 dokumentiert das guatemalteckische Investigativmagazin «No Ficción» eine Epidemie, die weitgehend unbemerkt die gesamte Südküste heimsucht: Chronische Niereninsuffizienz ist heute eine der Haupttodesursachen in der Region. Die Gründe sind umstritten, aber viele Fachleute halten die Arbeit in der Agrarindustrie für einen entscheidenden Faktor. Tatsächlich zeigen Gesundheitsdaten einen Anstieg chronischer Nierenerkrankungen im Departement Escuintla, wo auch Puerto San José liegt: An der Pazifikküste, wo nur etwa ein Zehntel der Bevölkerung lebt, sterben überproportional viele Menschen an diesen Krankheiten.

Wissenschaftliche Studien und Beobachtungen von medizinischen Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen bestätigen den Anstieg von Nierenschäden bei Landarbeitenden, obwohl sie keinen direkten Zusammenhang mit Tramadol herstellen. Eine Studie, die unter guatemalteckischen Arbeiter*innen durchgeführt wurde, schätzt die Prävalenz von Nierenerkrankungen unbekannter Ursache auf etwa 3%. Im Bananensektor sei die Rate noch höher. Vor

Ort denken viele, dass die körperlichen Beschwerden der Erntehelfer – Ohnmachtsanfälle, Übelkeit, teils Todesfälle – mit der extremen Hitze, den Süßgetränken, der Arbeit unter Zwang sowie der Bomba zusammenhängen.

Der Fluch aus der Luft

Public Eye trifft die Brüder Maldonado erneut, diesmal vor ihrer Haustür. Im Süden Guatemalas wird der Körper nicht nur durch Arbeitsrhythmen oder Aufputzmittel zermürbt. Auf den Plantagen wirkt ein weiteres Gift, fast unsichtbar, aber allgegenwärtig, Woche für Woche aus der Luft versprüht.

Neben José steht sein Bruder Rogelio und schweigt. Sein Blick ist in die Ferne gerichtet, als sähe er noch immer die kleinen Flugzeuge über den Bananestauden kreisen, die Mancozeb versprühen. Auf den Tausenden Hektar Bananenplantagen Guatemalas ist das Fungizid allgegenwärtig: Es ist die Hauptwaffe gegen die Schwarzfleckenkrankheit, eine Pilzerkrankung, welche die Ernten des kostbaren grünen Goldes vernichtet. Für die Arbeiter ist es eine tägliche Bedrohung. «Sie fliegen



sehr tief, und das gelbe Pulver fällt direkt auf uns herab. Manchmal schaffen wir es, zu unserem Schutz ein Bananenblatt abzuschneiden, aber das reicht nicht», sagt Rogelio, der Älteste der Maldonado-Brüder, die alle bei Subunternehmen von Chiquita beschäftigt sind. Kein Unterbruch, keine Warnung: Die Arbeiter schneiden weiter, laden weiter, ziehen weiter an den Bananenbüscheln auf der Transportseilbahn. Manchmal, erklärt er, überrascht sie der saure Regen gar beim Mittagessen, das sie unter den Stauden einnehmen. Der chemische Nebel dringt in ihre Kleidung, ihr Essen und ihre Poren ein, getragen von der schweren Luftfeuchtigkeit im Süden Guatemalas.

Mancozeb wurde 2020 in der Europäischen Union (EU) und 2021 in der Schweiz verboten; der Stoff gefährde die menschliche Fortpflanzung und störe das Hormonsystem von Mensch und Umwelt. Studien haben gezeigt, dass die Exposition gegenüber dem Fungizid zudem zu Fehlbildungen des Gehirns beim Ungeborenen führt. Mancozeb wird von den europäischen Behörden auch als vermutlich krebserregend betrachtet.

Dennoch verkaufen zahlreiche Unternehmen, darunter der Basler Agrochemiekonzern Syngenta, das Produkt weiterhin in Ländern wie Guatemala, wo die Vorschriften schwächer sind. 180 Tonnen davon hat zum Beispiel der bulgarische Konzern Agria im Jahr 2024 laut einem Bericht von Public Eye aus Europa nach Guatemala exportiert. Ein Sprecher von Syngenta erklärt, man arbeite «unter vollständiger Einhaltung der lokalen Gesetze und Vorschriften». Zudem sei Syngenta mit einem einstelligen Marktanteil bei Fungiziden lediglich ein mittelgrosser Akteur im Bananensektor und sein Mancozeb-Produkt Ridomil Gold «nicht für den Einsatz in Bananenplantagen in Guatemala zugelassen». Weiter betont der Sprecher, die tropische Landwirtschaft unterscheide sich grundlegend von der in Europa, weshalb die Massnahmen im Pflanzenschutz den lokalen Gegebenheiten entsprechen müssten.

Im Kampf gegen die Schwarzfleckenkrankheit wird Mancozeb nach wie vor häufig eingesetzt. So hat die Zertifizierungsstelle der Rainforest Alliance eine Ausnahmegenehmigung für den Einsatz auf guatemaltekischen Plantagen bis zum 31. Dezember 2028 erteilt; es sei «dringend nötig, die Krankheit zu bekämpfen».

Auf den Bananenplantagen ist der Einsatz von Fungiziden keine punktuelle Angelegenheit, sondern eine permanente Massnahme. Kleinflugzeuge sprühen Mancozeb ein-, zwei- oder dreimal pro Woche, das ganze Jahr über. Im Dokumentarfilm «Banana Land: Blood, Bullets and Poison», der 2014 die unheilvolle Geschichte der Bananenindustrie in Lateinamerika nachzeichnete, berichtet ein Forscher über ecuadorianische Piloten, die während bestimmter Flüge aufgrund der Dämpfe des Fungizids kurz das Bewusstsein verloren hätten oder in ihren kognitiven Fähigkeiten beeinträchtigt gewesen seien. Offiziellen



Flugzeuge versprühen auch Pestizide, wenn auf der Plantage gearbeitet oder gar gegessen wird.

© Adria Budry Caribó

Chiquita: ein Jahrhundert der Globalisierung

Bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert baute die Vorläuferin von Chiquita, die United Fruit Company (UFCO), den karibischen Hafen Puerto Barrios aus. Von dort sollten ihre mit Bananen beladenen Kühlschiffe – die sogenannte Great White Fleet – in See stechen können.

Zusammen mit Puerto Quetzal ist Puerto Barrios heute ein fester Bestandteil der Logistikkette von Chiquita in Guatemala. In der Verarbeitungsanlage werden die von den Arbeiterinnen vorbereiteten Bananenketten in Kühlcontainer verladen. Danach werden sie von Lastwagen mit Chiquita-Logo abtransportiert, die in grosser Zahl auf den Strassen des Landes unterwegs sind. Von den Häfen aus werden die Früchte auf die internationalen Märkte verschifft.

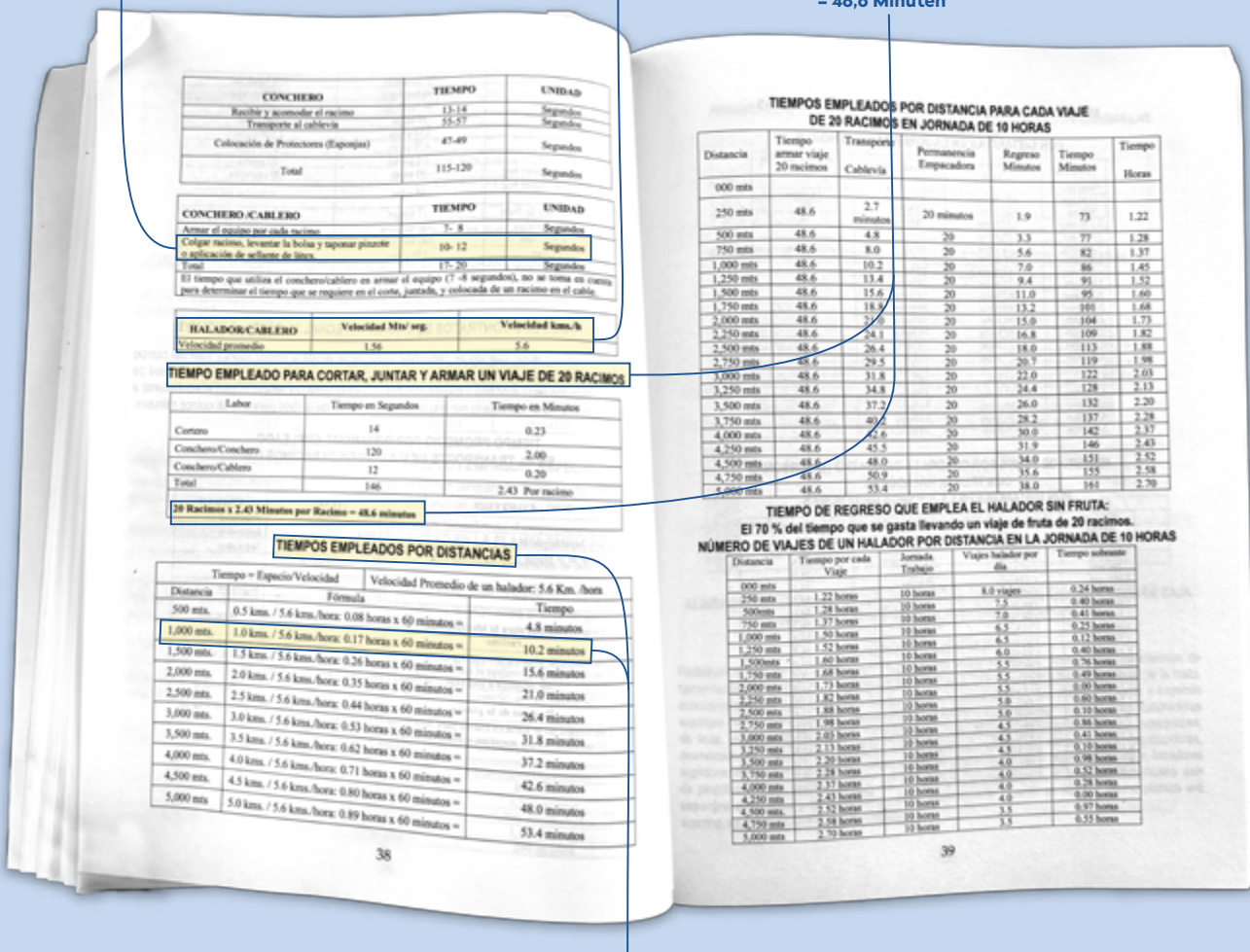
Mit 2,5 Millionen Tonnen pro Jahr ist Guatemala der drittgrösste Bananenexporteur der Welt. Die USA sind mit rund 80 % wichtigster Absatzmarkt. Ein weit geringerer Teil wird über die Niederlande nach Europa transportiert.

Auf die Sekunde getaktete Arbeitsschritte im Gesamtarbeitsvertrag

Büschel aufhängen, Schutzhülle anheben und Schnittstelle versiegeln
10 bis 12 Sekunden

Durchschnittsgeschwindigkeit des Seilziehers
1,56 Meter/Sekunde

Zeitbedarf für das Schneiden, Zusammenfügen und Vorbereiten einer Fuhrre mit 20 Bananenbüscheln
20 Bananenbüschel * 2,43 Minuten = 48,6 Minuten



Vom Seilzieher benötigte Zeit nach Distanz
1000 Meter:
1 Kilometer ÷ 5,6 Kilometer/Stunde = 0,17 Stunden * 60 =
10,2 Minuten pro Fuhrre

Grafiken auf dieser Doppelseite: Fabian Lang
Quellen: Gesamtarbeitsvertrag Chiquita Guatemala und Zeugenaussagen

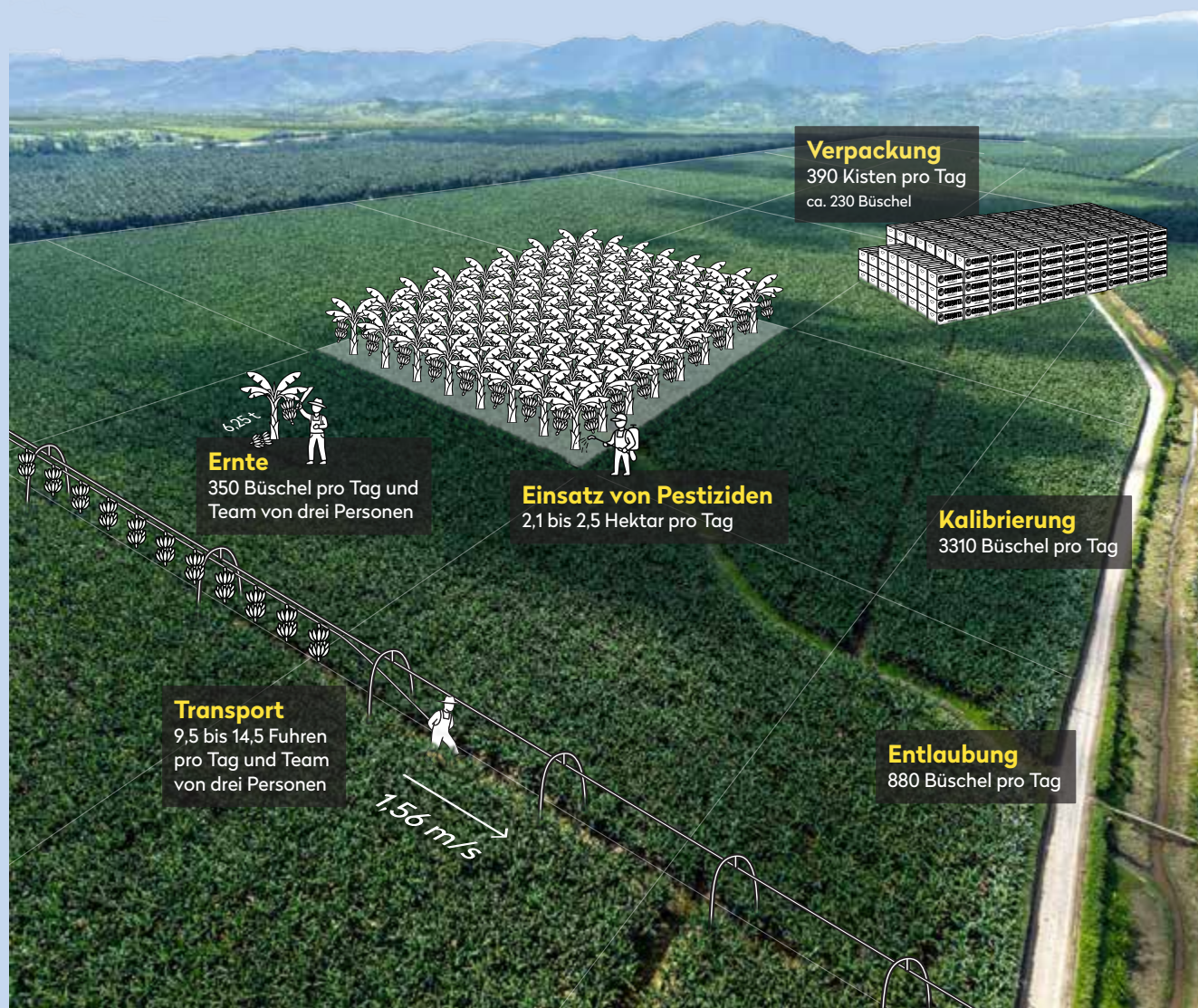
Statistiken zufolge sind zwischen 2012 und 2025 in Guatemala 43 Sprühflugzeuge abgestürzt, hauptsächlich im Departement Escuintla – das sind im Schnitt drei Abstürze pro Jahr. Einige Berichte nennen als Ursache einen rätselhaften «situativen Bewusstseinsverlust» des Piloten.

Mancozeb ist nur eines der Produkte, die auf den Plantagen verwendet werden. Weitere Fungizide, Herbizide und Insektizide werden während des gesamten Anbauzyklus aus der Luft, mittels Rückenspritzen aber auch auf dem Boden ausgebracht. Syngenta Guatemala listet online 18 Pestizide für den Bananenbau auf. 8 davon enthalten Wirkstoffe, die heute in der Schweiz und in der EU aufgrund der Risiken für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt verboten sind. Auf den Plantagen im Süden Guatemalas werden diese Produk-

te jedoch weiterhin routinemässig eingesetzt, wobei die Arbeiter in direkten Kontakt mit ihnen kommen. Es werden weder Risiken noch körperlicher Verschleiss oder die Exposition gegenüber Giftstoffen vergütet. Bezahlt wird pro Stück – also was der Körper noch leisten kann. Das Lohnsystem ist für die Arbeitgeber ein Instrument der Effizienz, für die Arbeiter*innen eine Falle, die sie zur Erschöpfung treibt. Der «trabajo a destajo» – die Akkordarbeit – bestimmt jede Minute des Tages, unabhängig von den Wetterbedingungen.

In Puerto Barrios im Nordosten des Landes werden die neun umliegenden Plantagen direkt von Chiquita kontrolliert. Hier verdienen die 2700 Beschäftigten (davon 20 % mit befristeten Verträgen) kaum einen Quetzal mehr pro Tag als den Mindestlohn – vorausgesetzt, sie

Tägliche Leistungsziele pro Bereich und Person



Nationaler Mindestlohn (2025): 112,99 Quetzal pro Tag (= Fr. 11.90)

1 Bananenbündel: 150–220 Früchte, ca. 25 kg

1 Bund Bananen: ist die Verkaufsgrösse im Laden, ca. 1 kg

erreichen genau definierte Leistungsziele. Diese sind in einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) festgehalten, den Public Eye einsehen konnte.

Für die Erntehelfer gilt eine einfache Regel: Gemäss GAV haben sie 14 Sekunden Zeit, um einen Bananenbündel abzuschneiden. In Dreiergruppen müssen sie täglich rund 350 Bananenbündel an Seilbahnen aufhängen, welche die 2069 Hektar grossen Plantagen verbinden, erklärt ein Gewerkschafter. «Wir unterstützen uns gegenseitig, so gut es geht», berichtet ein Erntehelfer, «denn wenn einer von uns langsamer wird, verdient die ganze Gruppe weniger.»

Dann ist ein anderer Arbeiter dran, der Seilzieher: Er ist an der Taille mit der Seilbahn verbunden und zieht 20 aufgehängte Bündel aufs Mal vorwärts zur Verarbeitungsanlage, wo die Früchte sortiert und mit dem Chiqui-

ta-Siegel gekennzeichnet werden. Der GAV legt fest, dass er 250 Meter in 2,7 Minuten zurückzulegen hat. Er muss also durchschnittlich 1,56 Meter pro Sekunde schaffen, während er eine halbe Tonne Bananen der Seilbahn entlang zieht. An manchen Tagen kann die Strecke bis zu 5 Kilometer betragen, und diese müssen in 53,4 Minuten zurückgelegt werden.

In der Verpackungsanlage arbeiten viele Frauen. Auch sie haben Produktionsziele: 390 Kisten pro Tag und Person laut GAV, also etwa 17 Tonnen Bananen, die verarbeitet werden müssen. «Wir dürfen nicht gehen, bevor wir fertig sind, oft erst um 20 Uhr abends», erzählt eine Verpackerin.

Auch in den Bananenverpackungsstationen gilt dasselbe Regime: «Alle werden individuell überwacht

und gerügt, wenn sie zu langsam sind», schreibt ein Forscher der Universität des Staats Pennsylvania (Penn State) in einem 2021 veröffentlichten Bericht. Gemäss der Arbeitnehmervereinigung verletzt eine solche Arbeitsorganisation die individuelle «Produktionskapazität», ein Konzept, das in der guatemaltekischen Sozialgesetzgebung verankert ist. Der Bericht kommt zum Schluss: «Werden die Arbeitnehmenden zu einem Produktions-tempo gedrängt, das über das Mass hinausgeht, das ein vernünftiger Mensch als menschlich möglich erachten kann, stellt dies einen Verstoss gegen die Normen der sozialen Sicherheit in Guatemala dar.»

Wer seine Leistungsziele übertrifft, kann etwas mehr als den Mindestlohn verdienen. Manuel Rivas, der Präsident der Gewerkschaft Colsiba, die die neun umliegenden Plantagen abdeckt, begrüsst die gewerkschaftlichen Fortschritte, die nach langem Kampf erzielt wurden. Auch wenn diese «die Inflation von 4 bis 5 % pro Jahr nicht kompensieren», wie er einräumt. «Wir schulden der werktätigen Klasse mehr als das.»

Ein Lohn, der nirgends hinreicht

Im Süden, wo Chiquita stärker auf Subunternehmen setzt, sind die Bedingungen noch härter. Laut der Studie der Universität Penn State ist der Kontrast zwischen den beiden Regionen frappierend: Im gewerkschaftlich organisierten Norden verdienten die Arbeiter*innen im Jahr 2021 durchschnittlich 586 US-Dollar pro Monat und arbeiteten 54 Stunden pro Woche. Im Süden, wo die Gewerkschaften nicht verankert sind, waren es durchschnittlich 308 US-Dollar und 68 Arbeitsstunden. Laut dem Bericht sind dort auch die Arbeitsbedingungen viel schlimmer: kürzere Pausen, häufigere verbale oder sexuelle Übergriffe, ungenügender Schutz und schlechter Zugang zu medizinischen Diensten. Dabei überwachen Zertifizierungsprogramme wie Global G.A.P. und Rainforest Alliance sämtliche Unternehmen, in denen solche Missstände beobachtet wurden: Die Labels sollten eigentlich auch das Wohlergehen und die Sicherheit der Mitarbeitenden gewährleisten.

Public Eye hat Rainforest Alliance konfrontiert und vertraulich die Namen von zwei Betrieben übermittelt, in denen wir besonders schwerwiegende Missstände festgestellt haben. Die Zertifizierungsorganisation betont, dass Audits nicht «alles, überall und jederzeit» aufdecken können und dass kein System zu 100 % garantieren kann, dass es in einer Lieferkette keine Verstösse gibt. Rainforest Alliance weist zudem darauf hin, dass seit Inkrafttreten des Standards für nachhaltige Landwirtschaft im Jahr 2020 sowie des Beschwerdemechanismus keine Beanstandungen betreffend den guatemaltekischen Bananensektor eingegangen seien. Im Fall eines privaten Produzenten, der ein wichtiger Lieferant von Chiquita ist und über ein Zertifikat für mehrere Plantagen verfügt,

fand das letzte Audit Mitte Februar 2026 statt. Die Ergebnisse werden derzeit noch ausgewertet. «Wir überprüfen aktuell die früheren Audits der betroffenen Plantagen, bei Bedarf werden wir Massnahmen ergreifen», erklärt die Sprecherin der Rainforest Alliance, ohne zum jetzigen Zeitpunkt weitere Details nennen zu können.

Soziale, gesundheitliche und menschliche Risiken werden ausgelagert. Es gibt keine glaubwürdigen Mechanismen zur Prävention, keine unabhängigen Kontrollen, keine Entschädigungen für betroffene Arbeitnehmende.

Rosalía*, die uns in ihrem Haus empfängt, zeigt ihre letzten vier Lohnabrechnungen. Mit 11.90 Franken pro Tag erhält sie zwar den nationalen Mindestlohn. Seit Monaten stottert sie aber einen Kredit ihres Arbeitgebers ab, eines Subunternehmers von Chiquita. Den Zinssatz kennt sie nicht. Alle zwei Wochen werden ihr zudem Materialkosten (Handschuhe, Maske) abgezogen, wie sie angibt. Das sei illegal, kommentiert ein Gewerkschafter. Obendrauf muss sie noch hohe Mitgliederbeiträge an eine Genossenschaft entrichten. Die undurchsichtigen Abzüge summieren sich alle zwei Wochen auf fast 40 Franken. Auf die Frage, wie sie mit diesem niedrigen Lohn seit drei Jahren leben kann, füllen sich ihre Augen mit Tränen: «Ja, wie kann das gehen? Sagen Sie es mir.»

Für Rosalías Haushalt reicht ihr Lohn nicht aus: Der erweiterte Warenkorb mit Grundnahrungsmitteln kostet etwa 290 Franken pro Monat für zwei Personen. Derweil liegt die kumulierte Inflation in Guatemala bei 29 % gegenüber 2019, der Zeit vor der Covid-Pandemie. Das landwirtschaftliche Einkommen entspricht in keiner Weise dem, was der UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte oder die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation als existenzsichernden Lohn bezeichnen: also ein Einkommen, das ausreicht, um menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten.

Trotz der immer wieder festgestellten Missstände kommt Chiquita seinen Sorgfaltspflichten entlang seiner Produktionskette nicht wirksam nach. Der Konzern stützt sich auf ein Netzwerk von Subunternehmen und

Maru arbeitet als Verpackerin und wohnt mit ihrem Mann in einer Chiquita-Siedlung, in der 40 Familien leben. Als ihr Haus überflutet wurde, erhielt sie vom Konzern keine Hilfe. Ihre Nachbarin und Schwägerin Araceli ist Hausfrau. Sie würde gerne für Chiquita arbeiten, um im Haushalt ein zweites Einkommen zu haben.



vertraglich gebundenen Betrieben. Soziale, gesundheitliche und menschliche Risiken werden damit ausgelagert. Es gibt keine glaubwürdigen Mechanismen zur Prävention, keine unabhängigen Kontrollen, keine Entschädigungen für betroffene Arbeitnehmende: ein Verstoss gegen die Sorgfaltspflichten, die von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz erwartet werden. Der in Etoy VD ansässige Konzern beantwortete unsere Fragen nicht.

Krake und Bananenrepublik

Die heutige Praxis hat Tradition. Das Wirtschaftsmodell ist lange vor der Ankunft von Chiquita in der Schweiz entstanden, im Schatten der Vorgängerfirma United Fruit Company (UFCO). Ab Ende des 19. Jahrhunderts baute die UFCO eine immense wirtschaftliche und politische Macht in Mittelamerika auf. Sie kontrollierte Häfen, Eisenbahnen, Ländereien, Regierungen und Exporte. Diese private Vorherrschaft über fragile Staaten prägte den Begriff der «Bananenrepublik» für ein Land, das de facto unter dem Einfluss eines Konzerns steht. In Guatemala erreichte diese Macht 1954 ihren Höhepunkt: Auf Wunsch der UFCO organisierte die CIA einen Staatsstreich gegen die demokratisch gewählte Regierung von Jacobo Árbenz. Der Nachkomme von Schweizer Einwanderer*innen hatte eine Agrarreform eingeführt, um Land, das die Bananengesellschaft nicht bewirtschaftete, an Bauernfamilien zu verteilen. Der Putsch führte in Guatemala zu grosser Instabilität und von 1960 bis 1996 zum 36-jährigen Bürgerkrieg, einem der längsten und blutigsten in Lateinamerika.

In Zentralamerika ist diese Geschichte nicht nur Vergangenheit. Chiquita setzt lokale Regierungen noch immer unter Druck und droht gerne mit der Auslagerung der Produktion. In Panama hat der Konzern im Sommer 2025 infolge eines Streiks gegen eine Rentenreform sämtliche 6500 Beschäftigten entlassen. Nachdem die Regierung klein beigeben musste, nahm Chiquita – zu Zeiten der UFCO als «Krake» bezeichnet – seine Tätigkeit Anfang 2026 wieder auf. Allerdings mit einem «Pachtmodell». Dabei stellt Chiquita lokalen Grossgrundbesitzern Land zur Verfügung, damit diese Bananen anbauen können, die Besitzverhältnisse bleiben jedoch unangetastet. Im Süden Guatemalas führt dieses System, wie Public Eye festgestellt hat, zu einer massiven Prekarisierung der Beschäftigten.

Dieses einschneidende Ereignis war eine Warnung für ganz Mittelamerika. Die klare Botschaft: Chiquita ist bereit, eine ganze Region von heute auf morgen zu verlassen, wenn die Arbeitnehmenden zu viel verlangen. Bereits 2003 hatte die Schliessung von fünf landwirtschaftlichen Betrieben des Konzerns im Norden Guatemalas zu einem Einbruch der Löhne und zur Abwanderung ganzer Familien geführt. Manuel Rivas spricht von einem «gewerkschaftlichen Debakel». Falsche Entscheidungen, sagt er, aber vor allem eine Machtdemonstration des Unternehmens hätten dazu geführt. Seitdem herrscht die Angst. «Wenn Chiquita weggeht, wäre das verheerend», wiederholt der Gewerkschafter. Das mittlere Kader von Chiquita habe die Beschäftigten bereits vor «übertriebenen» Forderungen gewarnt, mit Verweis auf die Massenentlassungen des Konzerns in Panama.



Chiquita betreibt eine eigene Flotte mit Containerschiffen.

Diese strukturelle Verletzlichkeit war der Rahmen für den globalen Wandel von Chiquita. Anfang der 2000er-Jahre geriet der Konzern in eine Finanzkrise und meldete Insolvenz an. Daraufhin reorganisierte sich Chiquita, verkaufte einen Teil seiner Vermögenswerte in Mittelamerika und verlegte seinen operativen Sitz nach Etoy im Kanton Waadt, wo Stabilität, Steuervorteile und Diskretion geboten wurden. 2014 verliess Chiquita die Börse, was dem Konzern ermöglichte, deutlich intransparenter zu geschäften. In Guatemala mischen sich Besorgnis und Resignation: Die Orte, an denen Entscheidungen fallen, sind immer weiter weg, aber die Konsequenzen bleiben lokal.

Die rote Liste

In solchen Abhängigkeitsverhältnissen wird jede Protestaktion zum Risiko. Gezielte Entlassungen dienen als Warnung. Und wenn ein Arbeitnehmer fällt, fällt er selten allein. Die Brüder Maldonado arbeiteten vor einigen Jahren alle auf derselben Bananenplantage. Die Existenz der Familie von Landarbeitenden hing von den bescheidenen Löhnen der Bananenindustrie ab. Einer von ihnen nahm an einer Gewerkschaftssitzung teil: nicht, um Mitglied zu werden, erklärt er. Er wollte einfach seine Rechte verstehen. Und er brauchte die 50 Quetzal, die man ihm für seine Teilnahme geboten hatte. Damit wollte er etwas zu essen kaufen und sein Motorrad auftanken. Einige Tage später wurden alle Brüder einzeln zum Chef bestellt und entlassen.

José kann es immer noch nicht fassen, dass sein Name dem Arbeitgeber mitgeteilt wurde: «Ich glaube, die Gewerkschaft steckte mit dem Arbeitgeber unter einer Decke.» Sein Nachname steht jetzt auf der sogenannten «roten Liste». Wer auf der gefürchteten, informellen Liste landet, wird nicht mehr angestellt und gilt als «problematisch». «Mit einem Eintrag auf dieser Liste findet man keine Arbeit mehr in der Bananenindustrie», sagt Pedro. Mit 15 anderen Personen wurde er aus dem gleichen Grund entlassen: wegen der Teilnahme an einer Gewerkschaftssitzung, was ihm sofort als «unerlaubtes Entfernen vom Arbeitsplatz» ausgelegt wurde. Genau wie bei den Brüdern Maldonado.

Einige der Brüder haben wieder eine Stelle bei einem unabhängigen Produzenten gefunden, wo sie weiterhin unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Pedro hingegen hat nie wieder einen Fuss auf eine Plantage gesetzt. Seit seiner misslichen Erfahrung hat er die Lust auf die gelbe Frucht verloren: «Sie sagen, die Banane sei ein Naturprodukt, aber wenn man weiss, was hinter der Produktion steckt...»

Vor dem Eingang seiner Plantage gibt sich der Gewerkschafter Manuel Rivas dennoch optimistisch und zeigt auf eine spärliche Reihe neuer Triebe: «Chiquita investiert weiter. Sehen Sie sich diese Bananenstauden an: In sechs Monaten werden sie Büschel tragen, und in neun Monaten werden die Bananen exportiert.» Das Versprechen einer wachsenden Pflanze ist fragil, in Guatemala wie auch anderswo. ■

**Um die befragten Personen zu schützen, wurden ihre Namen geändert.*

«Meine Frau hatte vor zwei Monaten eine Fehlgeburt»

Rogelio Maldonado* arbeitet für einen Zulieferer von Chiquita in Guatemala. Trotz der damit verbundenen Risiken hat er sich dazu bereit erklärt, mit uns über seine Arbeitsbedingungen zu sprechen. Um seine Sicherheit zu gewährleisten, veröffentlichen wir seinen Bericht anonym.

Wie lange arbeiten Sie schon in der Bananenindustrie?

Neun Jahre.

Ist Ihre Arbeit anstrengend?

Ja, es ist hart und sehr anstrengend, wirklich kräftezehrend. Die Vorarbeiter verlangen von uns, dass wir viele Parzellen abarbeiten, und um die Arbeit zu schaffen, muss man Gas geben. Um unseren Lebensunterhalt zu verdienen, gehen wir Risiken ein. Manchmal schneiden wir uns. Man kann sich verletzen, weil man schnell arbeiten muss.

Sind Sie Agrochemikalien ausgesetzt?

Ja. Es gibt Sprühflüge und Bodenbehandlungen auf den Feldern, auf denen wir arbeiten. Der Sprüher behandelt die Parzelle, und dann werden wir zur Arbeit hineingelassen. Wir atmen diesen Geruch ein. Manchmal fliegt das Flugzeug vorbei, während wir zu Mittag essen, und das Mittel landet in unserem Essen. Weil wir es verschlucken, schadet es unserer Gesundheit sehr. Es landet auch auf der Haut, die es aufnimmt. Es ist sehr schädlich.

Wissen Sie, welches Mittel versprüht wird?

Nein. Uns wird nicht gesagt, welches Mittel aus der Luft ausgebracht wird. Ich kenne nur die Mittel, die am Boden eingesetzt werden, mehr nicht. Es ist jedenfalls sehr schädlich für uns Feldarbeiter. Meiner Meinung nach sollte das nicht so laufen. Sie sollten die Plantagen nur sonntags besprühen, wenn niemand da ist. Es sollte niemand bei der Arbeit sein, damit wir Arbeiter nicht krank werden.

Hatten Sie oder Ihre Frau gesundheitliche Probleme?

Meine Frau war vor zwei Monaten schwanger und hatte eine Fehlgeburt aufgrund einer Fehlbildung. Das könnte damit zusammenhängen, dass unsere Generation so vielen Chemikalien ausgesetzt war. Sie hat das Baby verloren.

Glauben Sie, dass das mit den Agrochemikalien zusammenhängt?

Ja. Wie gesagt: Das alles landet auf unserer Kleidung und auf unserem Körper. Die Haut nimmt es auf, und es kann auch die Partnerin krank machen. Es gibt keinerlei Kontrollen der Chemikalien, weder bei der Sprühfliegerei noch bei der Bodenbehandlung. Das gesamte Personal ist dem ausgesetzt.

** Name geändert.*

Chiquita erntet seine Profite in der Schweiz

Die gelbe Frucht mit dem blauen Aufkleber ist das Symbol für die Macht grosser Agrarhändler, aber auch für ausbeuterische Produktionsbedingungen und postkoloniale Konflikte. Angelockt von einem unschlagbaren Steuerdeal macht der Bananenhändler Chiquita die Schweiz heute zur Drehscheibe seines so grossen wie berüchtigten Geschäfts.

MANUEL ABEBE UNTER MITARBEIT VON ROBERT BACHMANN

Chiquita, der weltbekannteste Bananenkonzern, geschäftet seit 2008 aus der Schweiz heraus. An seinem Hauptsitz in Etoy im Kanton Waadt dirigiert der Konzern seine weltumspannenden Geschäfte.

Um die Banane mit dem blauen Aufkleber in knapp 50 Länder zu bringen, setzt Chiquita auf seine vollständig integrierte Wertschöpfungskette. Mit engen Verteilnetzen in Europa und Nordamerika füllt der Konzern die Supermärkte. Seine Flotte von Containerschiffen, beladen an eigenen Häfen, beliefert die dafür nötigen Lager. Kern des Geschäfts sind aber die knapp 70 Plantagen, die Chiquita unseren Recherchen zufolge selbst betreibt. Sie liegen in Mittelamerika, genauer in Costa Rica, Panama, Honduras und Guatemala, sowie in Ecuador.

Es sind jedoch nicht primär die eigenen Plantagen, die den Konzern zum weltgrössten Bananenhändler machen. Dafür sorgen vor allem die 50 Zulieferbetriebe, auch in anderen Ländern, welche rund 60 % zur Gesamtproduktion beitragen. Nur so kommen die geschätzten 2,7 Millionen Tonnen der exotischen Frucht zusammen, die Chiquita jährlich verkauft.

konfliktreichen und bis 1899 zurückreichenden Unternehmensgeschichte nicht das erste Mal gewesen, dass sich Chiquita kurz entschlossen aus einer aufmüpfigen Region zurückzieht, nachdem sich diese ganz auf die Bananenproduktion für den Konzern ausgerichtet hatte.

Blendende Geschäfte

Dieser enge Griff um die Wertschöpfungskette und die Anbauregionen lohnt sich für den Konzern und seine Aktionär*innen: Seit 2015 hat Chiquita über 1,6 Milliarden US-Dollar Profit gemacht. Damals wurde der Weltmarktführer im Bananenhandel von den brasilianischen Milliardärsfamilien Safra und Cutrale zu je 50 % aufgekauft und von der Börse genommen. Während Chiquita den Besitzerfamilien seither Dividenden im Umfang von 850 Millionen US-Dollar ausgeschüttet hat, erfährt die Öffentlichkeit seit dem Rückzug von der Börse kaum mehr etwas zu den Geschäftsaktivitäten. Mitglieder beider Familien, die eine primär im Bankgeschäft, die andere im Orangenhandel erfolgreich, leben heute in der Schweiz und gehören zu den 300 reichsten des Landes (siehe Grafik auf Seite 18).

Für Chiquita ist die Schweiz ein höchst attraktives Steuerdomizil. Mit Aussicht auf den sogar hierzu lächerlich tiefen Gewinnsteuersatz von 2,5 % verlegte Chiquita seinen Europahauptsitz 2008 von Belgien an den Genfersee. Obwohl der dafür nötige Sonderdeal mit den Behörden 2018 auslief, konnte der Konzern seine Tiefsteuerstrategie zumindest bis 2024 weiterführen: Damals hat Chiquita nur gerade 1 % an Gewinnsteuern abgedrückt. Von 2015 bis 2024 bezahlte der international verschachtelte Bananenkonzern einen durchschnittlichen Gewinnsteuersatz von lediglich 6,8 %.



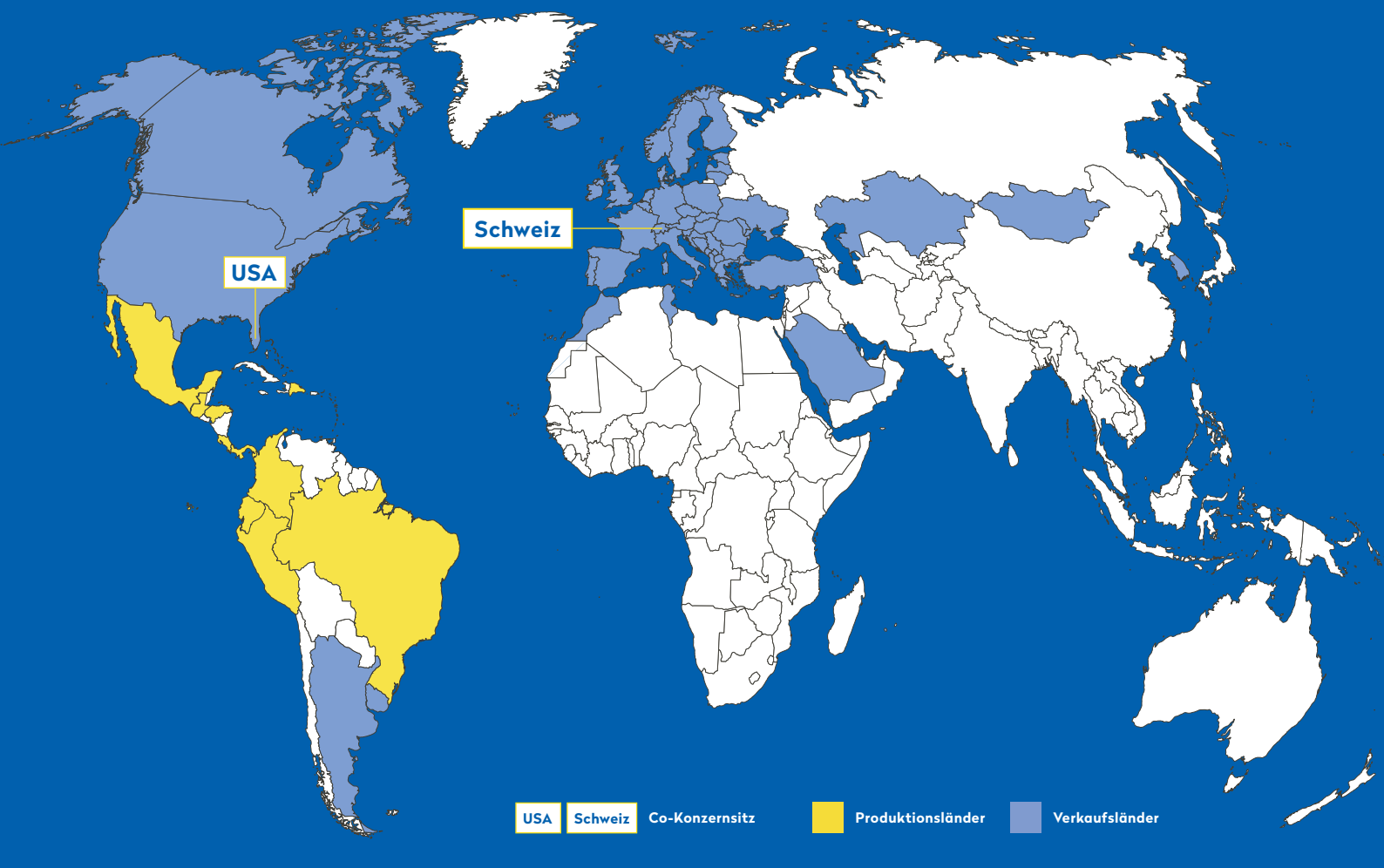
1,6 Mrd.
US-Dollar Profit
seit 2015

In seinen Produktionsregionen gibt Chiquita den wirtschaftlichen Takt an: Teils hängen ganze Dörfer und Städte mitsamt ihrer Infrastruktur von den Einkommen aus der Bananenproduktion für den Konzern ab. Wie gross die Machtasymmetrie ist, zeigte sich zuletzt 2025 in Panama: Nach landesweiten Demonstrationen gegen eine Sozialreform entschied Chiquita, rund 6500 Personen zu kündigen und die ganze Produktion einzustellen. Erst nach langen Verhandlungen konnte die Regierung den Konzern zum Umdenken bewegen. Es wäre in der



1%
Gewinnsteuer
im Jahr 2024

CHIQUITA UND SEINE PRODUKTIONS- UND VERKAUFLÄNDER



Die Schweiz spielt auch im operativen Geschäft eine zentrale Rolle: Zusammen mit den Büros in Florida bildet der Standort in Etoy inzwischen den offiziellen gemeinsamen Hauptsitz von Chiquita. Aus der Waadt wickelt der Konzern das gesamte europäische Bananengeschäft ab. Weitere zentrale Geschäftstätigkeiten werden parallel in den USA und der Schweiz ausgeführt. Über eine Schweizer Holding ist neben dem USA-Geschäft auch die Plantagenproduktion strukturiert, wie aus Geschäftsberichten hervorgeht. Was alles sonst hinter den Glastüren in Etoy läuft, hält der notorisch verschlossene, private Konzern geheim.

Ein Strich unter die Firmengeschichte?

Längst nicht mehr geheim ist hingegen die gewaltvolle Firmengeschichte des US-amerikanischen Bananenimperiums, das bis 1984 noch United Fruit Company hiess. «Auf diese konnte man nicht immer stolz sein», konzediert der Konzern zu Beginn seines Nachhaltigkeitsberichts 2024. «Hinter dem blauen Aufkleber» heisst eine Initiative, mit der Chiquita einen Strich unter die Zeit ziehen will, als das Unternehmen korrupte Regierungen in Mittelamerika kontrollierte, um seine Interessen durchzusetzen, und

damit den Begriff der «Bananenrepublik» prägte. 2024 wurde Chiquita in einem historischen Prozess für die Finanzierung von acht von kolumbianischen Paramilitärs verübten Morden verantwortlich gemacht. Mit den skandalösen Geschehnissen vorhergehender Jahrzehnte, von orchestrierten Staatscoups und Massakern an Bananenarbeiter*innen bis zur grossflächigen Umwelterstörung durch Pestizide, haben Autor*innen ganze Bücher gefüllt.

Mit seinen rund 20 000 Angestellten weltweit will der Konzern nun aber nach vorn schauen. Deren Entlohnung ist ein zentraler Pfeiler der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie. Nachdem die Firma jahrzehntelang für das Zerschlagen von Gewerkschaften berüchtigt war, berichtet sie unterdessen stolz über den Organisationsgrad ihrer Arbeiter*innen und deren Gesamtarbeitsverträge. Chiquita betont, auf eigenen Plantagen existenzsichernde Löhne zu bezahlen, die über dem Zielwert der Global Living Wage Coalition (GLWC) liegen. In der Praxis sind 85 % von Chiquitas eigenen Plantagenangestellten Tagelöhner*innen – eine für unsichere Arbeitsbedingungen und Einkommen besonders anfällige Beschäftigungsart. Zudem gelten die Versprechen des Konzerns nur für die eine Seite des Pro-

WEM GEHÖRT CHIQUITA?



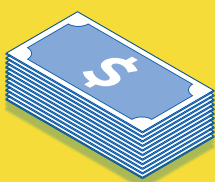
FAMILIE SAFRA

- Erbin: Vicky Safra
- Geschätztes Familienvermögen: 22 bis 23 Mrd. Fr. Quelle: Magazin «Bilan»
- Wohnsitz: Crans-Montana VS
- Hauptbusiness: Banken (Safra-Gruppe, u. a. Bank J. Safra Sarasin in Basel)
- Anteile an Chiquita: 50%



FAMILIE CUTRALE

- José Luís Cutrale Jr. und José Henrique Cutrale
- Geschätztes Familienvermögen: 1,5 bis 2,5 Mrd. Fr. Quelle: Magazin «Bilan»
- Wohnsitze: Cologne GE und Florida (USA)
- Hauptbusiness: Orangenhandel (Cutrale-Konzern, u. a. Cutrale Trading in Lausanne)
- Anteile an Chiquita: 50%



850 Mio. US-Dollar
ausgeschüttete Dividenden
seit 2015, je zur Hälfte an
die beiden Familien

Quelle: Jahresberichte Chiquita

duktionssystem von Chiquita: Die Arbeiter*innen auf den zahlreichen Zulieferbetrieben scheinen bei den Nachhaltigkeitszielen völlig vergessen zu gehen.

Verantwortung mit Zertifikaten weiterverschoben

Bei diesen will Chiquita die Einhaltung sozialer Mindeststandards mittels Zertifizierung sicherstellen. Zentrales Instrument dafür ist der gemäss Chiquita «rigorose» Standard Rainforest Alliance (RA): Von seinen 25 Zulieferern für konventionelle Bananen sind 24 durch RA zertifiziert. Unabhängige Kontrollbesuche auf Plantagen sollen sicherstellen, dass Arbeitsrechte nach internationalen Standards gewährleistet sind. Darunter fällt beispielsweise das Einhalten des nationalen Mindestlohns sowie die freie Ausübung gewerkschaftlicher Rechte. Zudem sind Plantagenbetreiber angehalten, ökologische Kriterien einzuhalten, beispielsweise durch die Begrenzung des Pestizideinsatzes. Doch RA, das Label mit dem grünen Frosch, steht schon länger in der Kritik. Bereits 2016 hat die britische NGO



24 von **25**
Zulieferern sind von
Rainforest Alliance
zertifiziert.

Banana Link, die sich für einen fairen Handel mit der gelben Frucht einsetzt, in einem Bericht aufgezeigt, dass Chiquita-Zulieferer selbst elementare Gewerkschaftsrechte nicht gewährleistet hatten. Die damaligen Vorwürfe, dass Löhne unter dem gesetzlich verankerten nationalen Mindestlohn gezahlt wurden, decken sich mit den Zuständen, die Public Eye im November 2025 in Guatemala dokumentiert hat (siehe Reportage ab Seite 4). Gemäss einer Analyse der britischen Universität Exeter von 2022 gibt es kaum Belege dafür, dass RA effektiv zu einer nachhaltigeren Bananenproduktion beiträgt.

Auf Anfrage schreibt RA, dass die Zertifizierung ein wertvolles Instrument zur Feststellung und Bekämpfung von Problemen in landwirtschaftlichen Lieferketten sein könne. Allerdings brauche es einen vielseitigeren Zugang, um tief verwurzelte Missstände zu adressieren. Chiquita liess eine Anfrage von Public Eye unbeantwortet.

Chiquita tut sich bis heute schwer damit, einen glaubwürdigen Schlussstrich unter ihr ausbeuterisches Geschäftsmodell zu ziehen. Während weiter Tausende Arbeiter*innen unter den prekären Produktionsbedingungen leiden, profitieren einige wenige vom systematischen Lohndumping und von der steueroptimierten Konzernstruktur. Seit 2008 gehört auch die Schweiz dazu. Sie bietet dem Konzern optimale Bedingungen für ein immer noch höchst problematisches Geschäftsmodell. ■



Der Haken an Bananen

Weltweit wird praktisch nur eine Sorte Bananen für den Export angebaut, die Cavendish-Banane. Somit sind alle Pflanzen nahezu identische Klone ohne genetische Vielfalt. Sie werden zudem in grossflächigen Monokulturen produziert. Dies macht die Cavendish-Banane extrem anfällig für Krankheiten und Schädlinge. Die Bananenindustrie versucht dem mit massivem Pestizideinsatz entgegenzuwirken: Kaum ein Agrarsektor setzt mehr davon ein. Pestizide verschmutzen die Böden und das Grundwasser; für Landarbeitende und Anwohner*innen sind sie hochgefährlich. Mehr als die Hälfte aller Pestizide wird in Ländern des Globalen Südens ausgebracht – darunter viele, die so gefährlich sind, dass sie in der Schweiz und der EU verboten wurden. Die globale Bananenindustrie bleibt aus ökonomischen und strukturellen Gründen bei der Monokultur: Die weltweiten Lieferketten sind auf die Cavendish-Banane optimiert, eine Diversifizierung sowie nachhaltigere Produktionsmethoden hätten Kosten und somit tiefere Gewinne zur Folge.

Der Preisdruck bei der Banane ist extrem. Sie kostet oft weniger als ein einheimischer Apfel. Damit das möglich ist, wird der Preisdruck bis an das schwächste Glied der Lieferkette weitergegeben: die Arbeiter*innen auf den Plantagen. Entsprechend wird dort produziert, wo es am billigsten ist: wo keine Gewerkschaften menschenwürdige Löhne fordern können und die Zulieferbetriebe Tagelöhner*innen anstellen, um die Arbeitszeiten zu maximieren und die Bedingungen unter die internationalen Standards zu drücken. Dafür verantwortlich sind einerseits die globalen Bananenkonzerne – neben Chiquita auch Dole, Fresh Del Monte und Fyffes, wobei nicht nur Chiquita, sondern auch die zwei zuletzt genannten Konzerne einen Sitz oder Ableger in der Schweiz haben. Aber auch die Grossverteiler sind mitverantwortlich: Vom Preis einer Banane kassieren Detailhändler durchschnittlich 41%, die Plantagenarbeiter*innen nur 7%. Dies reicht in den meisten Fällen nicht für ein existenzsicherndes Einkommen aus.



Mach mit uns Druck auf Chiquita, um die Ausbeutung auf den Plantagen zu stoppen!
stopp-chiquita.ch



Public Eye



Eine Dosis dieses Krebs- medikaments ist teurer als eine Unze Gold

Das Medikament Keytruda des US-Pharmariesen Merck Sharp & Dohme (MSD) gibt Krebskranken und Onkolog*innen echte Hoffnung. Mit seinem exorbitant hohen Preis ist es jedoch auch ein Albtraum für Krankenversicherer und die öffentlichen Gesundheitsbudgets. Wie wir und das International Consortium of Investigative Journalists in diesem dritten Teil unserer Serie über missbräuchliche Patente in der Pharmaindustrie aufdecken, verbirgt sich hinter diesen horrenden Preisen eine ausgeklügelte Strategie.

Keytruda ist seit Ende 2014 auf dem Markt und in den USA, in Europa und in der Schweiz für die Behandlung von gut 20 Krebsarten zugelassen – vom Verdauungstrakt über die Lunge bis hin zu Haut, Leber, Blut, Fortpflanzungsorganen, Nieren oder Brust.

Der US-Konzern Merck Sharp & Dohme (MSD) erzielt damit einen sagenhaften Umsatz: 31,7 Milliarden US-Dollar (rund 25 Milliarden Franken) im Jahr 2025 allein mit diesem Produkt. Das entspricht fast dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Senegal oder Island. In elf Jahren hat Keytruda dem Unternehmen einen Umsatz von 162,8 Milliarden US-Dollar beschert und MSD damit auf Platz 4 des globalen Pharma-Rankings 2025 katapultiert.

Wie die Kassenschlager Herceptin oder Perjeta von Roche (siehe Public Eye Magazin vom November 2025) ist Keytruda ein sogenanntes biologisches Arzneimittel, das aus monoklonalen Antikörpern besteht. Es gehört zur Gruppe der Immuntherapeutika, also Behandlungen, die das Immunsystem aktivieren, um Krebszellen zu bekämpfen. Diese Produkte haben die Krebsbehandlung zweifellos verändert, indem sie die Krankheit unter Kontrolle bringen und die Lebenszeit vieler Patient*innen verlängern. Allerdings hat dieses «Wundermittel» seinen Preis. Es ist unerschwinglich, der Zugang dazu ist somit eingeschränkt, und es lässt die Gesundheitskosten explodieren. Public Eye hat seine Analysen im Rahmen dieser Recherche mit dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) und seinen Medienpartnern geteilt.

Keytruda wird überall, wo es vermarktet wird, zu einem hohen Preis verkauft. In der Schweiz und in der Europäischen Union (EU) ist der tatsächliche Preis dieses Medikaments, der zwischen MSD und der jeweiligen Regierung ausgehandelt wird, vertraulich (siehe Box unten).

Unerschwingliche Preise in der Schweiz und im Ausland

Der Referenzpreis von Keytruda – auch als Schaufensterpreis bezeichnet – lässt jedoch erahnen, um welche Beträge es sich handelt. Und die Zahlen sind schwindelerregend. In der Schweiz ist Keytruda für die Krankenkasse Helsana das kostenintensivste Medikament überhaupt, wobei die offiziellen Kosten für 2024 landesweit auf 183,4 Millionen Franken geschätzt werden (die Zahlen für 2025 sind noch nicht bekannt). Das Medikament, das seit 2015 von der obligatorischen Krankenversicherung übernommen wird, kostet offiziell 4294 Franken pro Packung. Das ist mehr als für eine Unze Gold bezahlt wird. Nach unseren Berechnungen sind das 73 000 Franken pro Person und Jahr oder bis zu 160 000 Franken, wenn man andere Behandlungen hinzu-rechnet, mit denen es kombiniert wird.

In den USA beträgt der Schaufensterpreis für eine Packung Keytruda 11 760 US-Dollar (9300 Franken), was 200 000 US-Dollar pro Jahr für allein dieses Produkt bedeutet. Wie in der Schweiz müssen die Menschen auch in den USA eine hohe Franchise aus eigener Tasche bezahlen und einen erheblichen Teil der Kosten selbst tragen – oder gar die gesamten Kosten, wenn sie nicht versichert sind. Das kann zu grosser Verschuldung führen. →

Keytruda in der Schweiz: ein undurchsichtiges und komplexes Preissystem

Der Referenzpreis (oder Schaufensterpreis) ist ein fiktiver und öffentlicher Preis eines Medikaments. Er unterscheidet sich vom tatsächlichen Preis, der vom Gesundheitssystem übernommen wird, oft vertraulich ist und zwischen der betreffenden Pharmafirma und der jeweiligen Regierung ausgehandelt wird.

In der Schweiz greift das Bundesamt für Gesundheit (BAG), das für die Preisfestsetzung von Medikamenten zuständig ist, zunehmend auf «Preismodelle» zurück, um den Anforderungen der Wirtschaftlichkeit der obligatorischen Krankenversicherung gerecht zu werden. Konkret treffen das BAG und die Pharmaindustrie eine Vereinbarung, in welcher der Arzneimittelpreis in der Schweiz, ein Rabatt sowie weitere Modalitäten für die Kostenübernahme durch die Grundversicherung festgelegt werden. Die überwiegende Mehrheit dieser Preismodelle ist vertraulich. Unter dem Druck der Pharmedien wurde diese Praxis 2025 vom Bundesparlament im Rahmen der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung gesetzlich legitimiert.

Dieses System ist nicht nur undurchsichtig, sondern schafft auch einen wahren Dschungel an Rückerstattungsmodalitäten, wie der Fall Keytruda zeigt. In der Schweiz unterliegt der Bestseller von MSD 26 Preismodellen mit vertraulichen Rabatten, die bestimmte Bedingungen für die Übernahme durch die Grundversicherung vorsehen. Dazu gehören beispielsweise die vorherige Zustimmung der Krankenkasse, Einschränkungen in Bezug auf die Krebsart, der Behandlungsverlauf sowie die Art oder Dauer der Behandlung.

Ergebnis: Der Zugang zu dieser kostspieligen Behandlung ist nicht automatisch gewährleistet. Die finanziellen Auswirkungen auf den Selbstbehalt der Patient*innen und auf die Höhe der Prämien für die gesamte Bevölkerung sind jedoch sehr real.

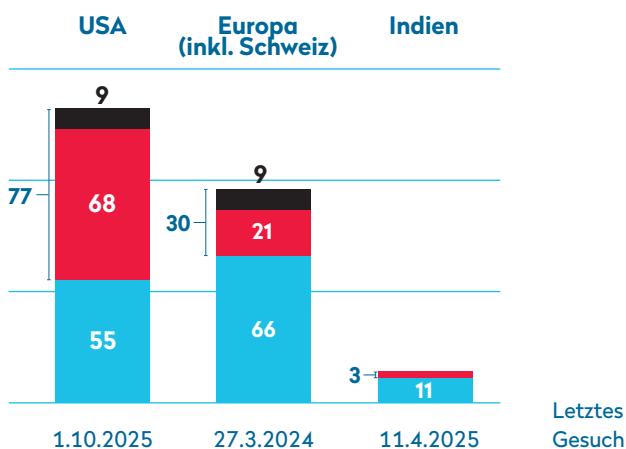
In Indien kostet eine Packung umgerechnet zwischen 1750 und 2000 Franken. In einem Land, in dem die Mehrheit der Patient*innen die Medikamente aus eigener Tasche bezahlt, ist dieser Preis prohibitiv. Nur wohlhabende Menschen und diejenigen mit ausreichendem Versicherungsschutz können sich die Behandlung leisten.

MSD kann seinen hohen Preis für Keytruda aufrechterhalten, weil das Unternehmen seine Monopolstellung mit zahlreichen Primär- und Sekundärpatenten schützt.

MSD kann seinen hohen Preis für Keytruda aufrechterhalten, weil das Unternehmen seine Monopolstellung mit zahlreichen Primär- und Sekundärpatenten schützt. Mit Unterstützung der US-Nichtregierungsorganisation I-MAK haben wir öffentliche Datenbanken ausgewertet und einen Überblick über die Patente rund um den Wirkstoff von Keytruda (Pembrolizumab) in verschiedenen Ländern erstellt. Insgesamt haben wir 80 Patente gezählt,

Der Patentschub von Keytruda

MSD schützt sein Medikament Keytruda mit zahlreichen Patenten und versucht auch mehr als elf Jahre nach der ersten Markteinführung, neue Patente dafür zu erhalten. Erteilt wurden bisher 77 Patente in den USA, 30 in Europa und 3 in Indien; viele weitere Anträge sind noch in Prüfung.



77 / 30 / 3 Erteilte Patente

- Abgelaufene Patente
- Gültige Patente
- Hängige Patentgesuche

Stand vom 31.12.2025

die MSD im Zusammenhang mit diesem Molekül erteilt wurden (siehe Grafik unten). 66 weitere Patentanträge wurden in Europa geprüft, 55 in den USA und 11 in Indien. Angesichts der Schwierigkeit, eine solche Übersicht zu erstellen, kann die tatsächliche Anzahl der Patente von MSD für diese Behandlung sogar noch höher sein.

Patente garantieren Monopol von über 30 Jahren

Dank dieser neuen Analyse sind die konkreten Folgen dieser Patentanhäufung klar: Sie kann MSD für den Verkauf dieses hochbegehrten Wirkstoffs in Europa, Indien und den USA ein Monopol von mehr als drei Jahrzehnten garantieren und damit den Zugang zu Behandlungen erschweren. Dies geht weit über die im Abkommen über handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte (Trips) der Welthandelsorganisation (WTO) vorgesehenen 20 Jahre hinaus.

In der Schweiz und in Europa endet die Exklusivität des Primärpatents dank der von den staatlichen Behörden erteilten Schutzverlängerung erst im Jahr 2031 (siehe Grafik auf Seite 23). Mit Ablauf des Primärpatents für Keytruda in den USA und Indien wird der Konzern MSD 2028 erstmals mit Konkurrenz konfrontiert sein. Etwa zehn Unternehmen arbeiten an Biosimilar-Versionen von Pembrolizumab, darunter auch der Schweizer Konzern Sandoz. Diese Hersteller wollen sich einen Teil des riesigen Kuchens sichern, denn der Verkauf von Keytruda in den USA macht 60 % seines weltweiten Umsatzes aus – das entspricht einem Markt von fast 19 Milliarden US-Dollar im Jahr 2025.

MSD verlängert sein Monopol

Es geht um viel Geld, und MSD hat bereits Massnahmen ergriffen und geplant, um die Geltungsdauer des Monopols so weit wie möglich zu verlängern. Zunächst, indem der Konzern die Anzahl der Anträge auf Sekundärpatente vervielfachte. Diese machen 95 % seiner Schutzrechte aus und haben seit der ersten Zulassung von Keytruda deutlich zugenommen. Dann wurde die Art der Verabreichung des Produkts von einer intravenösen zu einer subkutanen Injektion geändert. Diese Taktik, die auch von Roche und anderen Pharmakonzernen angewendet wird, ermöglicht es, neue Sekundärpatente zu erhalten und das Monopol zu verlängern.

Bis 2028 will der US-Konzern nach eigenen Angaben 30 bis 40 % seiner Zielkundschaft auf die subkutane Version von Keytruda umstellen, die in den USA und der EU bereits erhältlich ist, in der Schweiz jedoch noch nicht. Mit neuen Patenten für diese Art der Verabreichung könnte MSD sein Monopol bis mindestens 2042 verlängern. Um die Konkurrenz auszubremsen, kann der US-Gigant zudem Gerichtsverfahren gegen Hersteller von Biosimilars einleiten, wenn diese kurz vor der Markteinführung stehen. →

Unsere Berechnung der F&E-Kosten und der Gewinnmarge von Keytruda

Um die globalen Investitionen von MSD in Forschung und Entwicklung (F&E) für Keytruda zu schätzen, haben wir eine Bestandsaufnahme sämtlicher klinischer Studien durchgeführt, die der Konzern für dieses Produkt gesponsert hat, und die relevantesten selektioniert. Anschliessend haben wir ihre Kosten anhand der durchschnittlichen Kosten pro Studie, die von unabhängigen Expert*innen ermittelt wurden, berechnet und einen Aufschlag von 30 % für zusätzliche Kosten hinzugefügt.

Diese Schätzung ist sehr grosszügig, da sie auf einem durchschnittlichen Kostenaufwand pro klinischer Testphase basiert, der für ein klassisches Zulassungsverfahren festgelegt wurde, während Keytruda von kürzeren Tests und beschleunigten Zulassungsverfahren profitierte. Ausserdem haben wir eine Variante berechnet, die mögliche Misserfolge berücksichtigt.

Anhand der ermittelten Beträge können wir auch die Gewinnmarge des Medikaments in der Schweiz schätzen. Die gesamte Methodik kann im Fachbericht «Gefährdet die Gesundheit» von Public Eye aus dem Jahr 2022 nachgelesen werden.

Die Sekundärpatente von MSD für Pembrolizumab betreffen verschiedene kleinere Produktmodifikationen, nicht jedoch den Wirkstoff. Dieser verändert sich nicht. Vor allem aber überfluten sie die Patentämter, verlängern die Monopoldauer und verzögern den Wettbewerb, ohne dass im Gegenzug ein nachgewiesener therapeutischer Gewinn verlangt wird.

Die missbräuchliche Anhäufung von Sekundärpatenten auf Arzneimittel, im Englischen als Evergreening bekannt, ist in der Branche gängige Praxis. Im Fall von Keytruda beanstandet die Konkurrenz den innovativen

Charakter bestimmter Patente. So auch Halozyme, eine auf diesen Bereich spezialisierte US-Biotechfirma. Sie ist der Ansicht, dass die subkutane Version von Keytruda 15 ihrer Patente verletzt, und hat in den USA und Europa die Justiz eingeschaltet. Die Verfahren sind noch im Gange. Im Dezember letzten Jahres hat ein deutsches Gericht beschlossen, den Vertrieb von subkutan verabreichtem Keytruda bis zum Ausgang des Rechtsstreits zu verbieten.

Die Blackbox der Forschungs- und Entwicklungskosten

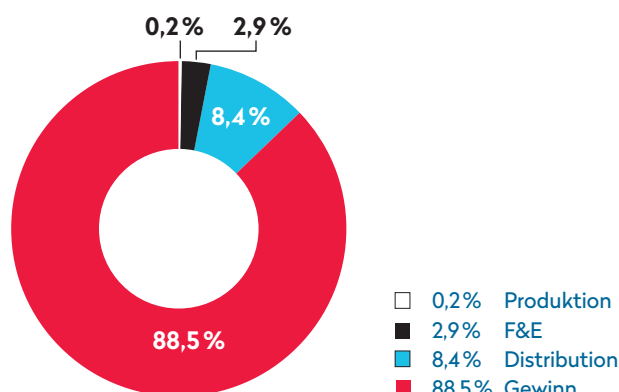
Warum ist ein Medikament wie Keytruda so teuer? Die Pharmaindustrie betont immer wieder, dass Forschung und Entwicklung (F&E) kostenintensiv ist und dass das Risiko des Scheiterns abgedeckt sein muss. Diese beiden Aspekte würden die hohen Verkaufspreise der Behandlungen rechtfertigen.

Bei einer Anhörung vor dem Gesundheitsausschuss des US-Senats im Februar 2024 erklärte der Präsident und Konzernchef von MSD, seit 2011 habe sein Unternehmen 30 Milliarden US-Dollar in das Forschungsprogramm für Keytruda investiert. Diese Zahl ist nicht überprüfbar, da Unternehmen nicht verpflichtet sind, die F&E-Kosten pro Produkt zu veröffentlichen und darüber Rechenschaft abzulegen. Die Angabe ist jedoch mehr als fragwürdig, da MSD weder an der Entdeckung noch an der pharmakologischen Konzipierung des Produkts beteiligt war, das hauptsächlich aus der öffentlichen Forschung hervorgegangen ist. Der Konzern hatte die Behandlung 2009 im Rahmen einer Firmenübernahme erworben und sich überlegt, sie wieder loszuwerden, bevor er angesichts des Erfolgs eines Konkurrenzprodukts mit ähnlicher Wirkungsweise seine Meinung änderte.

Um Licht ins Dunkel zu bringen, haben wir die bisherigen Investitionen von MSD in F&E von Keytruda geschätzt (siehe Box zur Methodologie auf dieser Seite oben).

Zusammensetzung des Verkaufspreises von Keytruda in der Schweiz

Die Kosten für Produktion, Forschung und Entwicklung (F&E, mit Berücksichtigung des Risikos für Misserfolge) sowie Distribution machen lediglich 11,5 % des Verkaufspreises von Keytruda in der Schweiz aus. Die Gewinnmarge liegt bei 88,5 %.



Resultat: Die F&E-Kosten belaufen sich auf 1,925 Milliarden US-Dollar (1,52 Milliarden Franken) – das entspricht 1,2 % des bisherigen weltweiten Umsatzes des Medikaments. Dieser Wert liegt weit unter dem vom Konzernchef von MSD genannten Betrag. Auch unter Berücksichtigung möglicher Misserfolge machen die Gesamtkosten für F&E von Keytruda (rund 3,8 Milliarden Franken) nur knapp 3 % des globalen Umsatzes des Medikaments aus.

Anschliessend haben wir die Gewinnspanne von MSD für das in der Schweiz verkaufte Keytruda geschätzt. Das Ergebnis: Sie macht mehr als 88 % des offiziellen Preises aus (siehe Grafik auf Seite 24).

Diese Marge zeigt, dass Pharmakonzerne nicht überhöhte Preise verlangen, um hohe F&E-Kosten auszugleichen und sich gegen Risiken abzusichern, sondern um exorbitante Profite zu erzielen. Diese Gewinne werden bei Weitem nicht systematisch reinvestiert und stellen das derzeitige Preisfestsetzungssystem infrage, das eigentlich den Fortbestand der Innovation gewährleisten soll.

Mehr Transparenz, weniger Patente

Die Ergebnisse unserer Recherche zu Keytruda zeigen einmal mehr, dass gegen die überhöhten Preise für patentierte Medikamente vorgegangen werden muss. In der Schweiz tragen diese massgeblich zur Explosion der Gesundheitskosten bei. Das Argument der Pharmaunternehmen und des Weissen Hauses, dass die Preise in der Schweiz und in Europa zu niedrig seien, steht im Widerspruch zu den hohen Margen, die Konzerne wie MSD erzielen.

Dank Patenten geniessen Pharmakonzerne eine Monopolstellung sowie eine lange Marktexklusivität. Da sie vor jeglichem Wettbewerb geschützt sind, können sie ihre Preise weltweit zum Nachteil der Patient*innen und der öffentlichen Gesundheitsbudgets durchsetzen. Das muss sich ändern, wenn wir die finanzielle Tragfähigkeit eines solidarischen Gesundheitssystems gewährleisten wollen. Dieses ist heute ernsthaft gefährdet. Die Behörden von Ländern wie der Schweiz, in denen Big Pharma ansässig ist, müssen sich dringend gegen die missbräuchliche Verbreitung von Sekundärpatenten auf Medikamente aussprechen. Als Unterzeichnerin des Eu-

ropäischen Patentübereinkommens könnte die Schweiz eine gründlichere Prüfung der Patentanmeldungen vortreiben, um deren Anzahl zu begrenzen.

Die Behörden von Ländern wie der Schweiz, in denen Big Pharma ansässig ist, müssen sich dringend gegen die missbräuchliche Verbreitung von Sekundärpatenten auf Medikamente aussprechen.

Auch das Vorgehen bei der Preisfestlegung muss angepasst werden. Die tatsächlichen Investitionen der Pharmaunternehmen und der Anteil der staatlichen Unterstützung müssen offengelegt werden, anstatt untaugliche internationale Vergleiche anzustellen.

In der Schweiz sind die Gesundheitskosten ein zunehmendes Problem, und immer mehr Menschen leiden unter den explodierenden Prämien. Der Bund schützt derweil ein System, das multinationalen Konzernen hilft, ihre Gewinne zu maximieren, und das die Umsetzung des Rechts auf Gesundheit für alle verhindert. Diese Politik hat auch Auswirkungen auf den Rest der Welt, da die Schweizer Arzneimittelpreise von mehr als 30 Ländern als Referenz herangezogen werden, darunter auch wirtschaftlich schwächere Staaten. Wenn die Schweiz die Preise weiter in die Höhe treibt, schadet sie nicht nur ihrer eigenen Bevölkerung, sondern auch Millionen von Patient*innen im Ausland. ■



Serie von Public Eye: Missbräuchliche Patente der Pharmaindustrie

FOLGEN 1 & 2

Public Eye dokumentiert und enthüllt langfristig Themen von öffentlichem Interesse. Im September 2024 haben wir eine Serie gestartet, die den Einsatz missbräuchlicher Patente bei Bestsellermedikamenten aufdeckt, eine Praxis, welche die Gesundheitskosten in der Schweiz und im Ausland belastet. Dieser Artikel, der zusammen mit dem ICIJ publiziert wird, ist der dritte Teil dieser Serie. Der erste Teil zum Herzschwächemedikament Entresto von Novartis und der zweite über Herceptin und Perjeta von Roche können online und in den Magazinen vom September 2024 und November 2025 (nach)gelesen werden.



Verleumdungsklage von Kolmar: zweiter Freispruch für Public Eye

Die Autorinnen und der Autor eines Berichts von Public Eye und Trial International wurden von der Berner Justiz zum zweiten Mal freigesprochen. Der Artikel hatte die Beteiligung der Zuger Kolmar Group AG am Handel mit libyschem Diesel zwischen 2014 und 2015 thematisiert, als in Libyen ein Bürgerkrieg wütete. Das Urteil sendet ein starkes Signal für die Pressefreiheit.

GÉRALDINE VIRET

Bern, 28. Januar 2026. Wie ein gutes Omen begleitet uns die noch zaghafte Sonne bis zum Obergericht, einem Gebäude, das ebenso erhaben wirkt wie die Aufgabe des hohen Gerichts, das dort tagt. Ein schöner Tag für einen Freispruch.

Der Gerichtssaal ist uns vertraut. Im November hatten wir dort viele Stunden damit verbracht, den Anwälten der Kolmar Group AG zuzuhören, wie sie versuchten, die Richter davon zu überzeugen, dass die beiden Autorinnen und der Autor des Berichts «Schmuggel von libyschem Diesel: Ein Schweizer Händler navigiert in trüben Gewässern», den Public Eye und Trial International 2020 veröffentlicht hatten, sich der «Verleumdung oder sogar üblen Nachrede» schuldig gemacht hätten. Auf dem Programm standen theatralische Gesten und ein Verhalten, das zeitweise an einen Pausenplatz erinnerte. Nicht zu vergessen das endlose Plädoyer, das mehr als vier Stunden dauerte.

Ein wichtiges Urteil für die Pressefreiheit

Wir sind zahlreich erschienen, um das Urteil zu hören. Im Gerichtssaal ist die Spannung greifbar. Dann kommt das ersehnte Wort, klar und deutlich: «Freigesprochen.» Unsere Blicke suchen sich, ein Lächeln macht sich breit. Auch wenn dieser zweite Freispruch mit einiger Zuversicht erwartet wurde, ist die Erleichterung dennoch gross. Denn hinter uns liegt ein Verfahren von fünf Jahren. Ein langer, zeitaufwendiger Rechtsstreit, der unter sehr ungleichen Kräften geführt wurde. Mit diesem Urteil wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht.

Die Berner Justiz begründet ihr Urteil Punkt für Punkt und hebt die Qualität der «detaillierten und in sich stimmigen» journalistischen Arbeit unserer Rechercheurin Agathe Duparc sowie von Montse Ferrer

und Antoine Harari hervor, die den Bericht mitverfasst haben. Die Richterin nimmt kein Blatt vor den Mund und äussert gar die Ansicht, dass Kolmar mit der Einreichung dieses Strafantrags einen Fehler begangen habe.

Dieses Urteil geht sogar noch weiter als jenes des Gerichts erster Instanz vom Februar 2024. Der Rohstoffhändler muss die Verfahrenskosten tragen und den grössten Teil der Anwaltskosten der freigesprochenen Personen übernehmen. Wie das Berner Obergericht hoffen wir, dass dies der Anfang vom Ende dieser Angelegenheit ist.

Das Unternehmen reagierte in einer Pressemitteilung: «Kolmar begrüsst die gerichtliche Feststellung der Verleumdung. Die Freisprüche aufgrund des Nachweises von Gutgläubigkeit sind jedoch nicht nachvollziehbar.» Diese Stellungnahme ist aus rechtlicher Sicht völlig unverständlich. Wir sind gespannt, ob Kolmar sich für den Weiterzug ans Bundesgericht entscheidet.

Strafuntersuchung und finanzieller Druck

Derweil setzt die Bundesanwaltschaft laut eigener Aussage die Strafuntersuchung gegen Unbekannt wegen «Verdachts auf Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit Plünderung» fort, die 2020 aufgrund einer Strafanzeige von Trial International eröffnet wurde.

Eine weitere juristische Front gegen Public Eye bleibt offen. Im Jahr 2023 hat Kolmar im Kanton Zug eine Zivilklage wegen mutmasslicher Persönlichkeitsverletzung gegen Public Eye und Trial International sowie gegen die Autorinnen und den Autor des Berichts eingereicht. Das Unternehmen fordert insgesamt 1,8 Millionen US-Dollar Schadenersatz. Dieser massive finanzielle Druck steht in einem Kontext, in dem Drohungen und Klagen gegen Medien und NGOs in der Schweiz stark zunehmen. ■

Syngenta schliesst Kapitel Paraquat endlich ab

Der Basler Agrochemiegigant hat angekündigt, die Produktion von Paraquat einzustellen, einem giftigen Herbizid, das weltweit für Zehntausende Todesfälle steht. Syngenta begründet die Entscheidung mit dem starken Wettbewerb durch Generika. Doch wiederholte Skandale, regulatorischer Druck und finanzielle Risiken durch Gerichtsverfahren haben massgeblich dazu beigetragen.

LAURENT GABERELL

Der britische Konzern Imperial Chemical Industries (ICI), der nach mehreren Fusionen zu Syngenta wurde, hat Paraquat 1962 auf den Markt gebracht. Es ist eines der ältesten und giftigsten Pestizide der Welt. Schon ein einziger Schluck kann tödlich sein, und es gibt kein Gegenmittel. Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben zudem gezeigt, dass eine chronische Exposition, selbst in geringen Dosen, die Entstehung der Parkinson-Krankheit begünstigen kann.

Paraquat ist in der Europäischen Union seit 2007 – und in der Schweiz seit 1989 – wegen der Gefahren für Landwirt*innen verboten. Syngenta hat das Pestizid jedoch weiterhin in Ländern vermarktet, in denen die Vorschriften weniger streng sind. Die Zahl der Opfer geht in die Zehntausende, vor allem in Asien und Lateinamerika.

Public Eye setzt sich seit über 20 Jahren dafür ein, dass Syngenta den Verkauf von Paraquat einstellt. 2021 deckte unsere Untersuchung «Paraquat Papers», die auf Hunderten von internen Dokumenten basierte, die Lügen und die chronische Verantwortungslosigkeit eines Unternehmens auf, das entschlossen war, sein Pestizid auf dem Markt zu halten. Syngenta hat sich stets taub gestellt und behauptet auch heute noch, dass Paraquat unbedenklich sei.

Doch schon seit vielen Jahren häufen sich die schlechten Nachrichten für den Basler Riesen. 2017 beschlossen Brasilien und China, zwei der Hauptabnehmer, Paraquat zu verbieten. Nun ist dessen Einsatz in mehr als 70 Ländern verboten. Und in den USA, dem weltweit grössten Markt, sieht sich Syngenta mit Klagen von Tausenden von Landwirt*innen konfrontiert, die an Parkinson erkrankt sind und Paraquat dafür verantwortlich machen.

In seiner Medienmitteilung erklärt das Unternehmen, dass seine Entscheidung, die Produktion von Paraquat einzustellen, geschäftlicher Natur sei und auf den «starken Wettbewerb durch Generikahersteller» zurückzuführen sei. Ausschlaggebend dürften jedoch der Umsatzrückgang infolge der Verbote sowie die erheblichen finanziellen Risiken im Zusammenhang mit den Gerichtsverfahren in den USA gewesen sein.

Syngenta will die Produktion von Paraquat in ihrem Werk im britischen Huddersfield Ende Juni 2026 einstellen, nach mehr als 60 Jahren auf dem Markt. Das Aus war mehr als überfällig und ist ein wichtiger Sieg für die öffentliche Gesundheit. Doch es ist nur ein Etappensieg, denn Syngenta verkauft weiterhin zahlreiche andere Pestizide, die in der Schweiz und in der Europäischen Union verboten sind. Unser Kampf geht weiter. ■





© Ian Patrick/Alamy

KORRUPTION IN GAMBIA

Französische Justiz ermittelt gegen Genfer Ölhändler Totsa

2024 wurden die Büros von Totsa durchsucht, einer Genfer Tochter des französischen Ölkonzerns TotalEnergies: Grund dafür war eine Voruntersuchung der französischen Staatsanwaltschaft für Finanzdelikte aufgrund des Verdachts der Bestechung eines ausländischen Amtsträgers in Gambia. Zwischen 2004 und 2014 oder länger hatte der Ölriese einen dem gambischen Präsidenten nahestehenden Geschäftsmann beliefert, der das Monopol auf den Import von Erdölprodukten hielt. 2018 wurde dieser wegen Finanzierung der Hisbollah unter US-Sanktionen gestellt, 2024 wurde er wegen versuchter Sanktionsumgehung verurteilt.

AGATHE DUPARC UND KARINE PFENNIGER

Es ist der 11. Oktober 2017, Mohammad Bazzi wirkt nervös. Der belgisch-libanesische Geschäftsmann trägt einen blauen Anzug, der oberste Knopf des Hemdes ist offen, die massive Uhr wirkt protzig. Seit einer halben Stunde müht er sich ab, der gambischen Antikorruptionskommission Rede und Antwort zu stehen. Es geht um den ehemaligen Präsidenten des Landes, Yahya Jammeh; dieser soll während seiner Amtszeit (1994–2017) fast 1 Milliarde US-Dollar veruntreut haben. Der Kommissionspräsident verliert langsam die Geduld: «Es ist schwer verständlich, von Ihnen immer wieder zu hören: «Ich weiss es nicht, ich werde das überprüfen.»

Schliesslich meint der Geschäftsmann: «Ich bin nicht vor Ort, ich kümmere mich hier nicht um die laufenden Geschäfte. Ich kam jeden Monat [nach Gambia], vielleicht für fünf oder sechs Tage, ich war nicht derjenige, der vor Ort war.» Was ihn, auch wenn er das nicht sagt, offenbar nicht daran hinderte, in den höchsten Machtkreisen Gambias zu verkehren.

Bevorzugter Geschäftspartner des Präsidenten

Ab den frühen 2000er-Jahren bis ungefähr 2015 gehörte Mohammad Bazzi zum engsten Kreis von Diktator Yahya Jammeh. Er etablierte sich als einer der einflussreichsten

Unternehmer im kleinen westafrikanischen Staat Gambia, der vom Senegal umschlossen ist. Der Belgier mit libanesischen Wurzeln war Honorarkonsul des Landes im Libanon. Er sicherte sich lukrative Aufträge in den Bereichen Bergbau, Treibstoffe und Telekommunikation – alles Sektoren, die unter das staatliche Monopol fallen. Sein Geschäftsglück endete jedoch zwei Jahre vor dem Sturz seines Beschützers.

Im Jahr 2018 wird Mohammad Bazzi zum Ziel von Ermittlungen des US-amerikanischen Office of Foreign Assets Control. Die Behörde des US-Finanzministeriums kommt zum Schluss, dass er einer der wichtigsten Geldgeber der Hisbollah ist, und verhängt Sanktionen gegen ihn und seine Unternehmen. 2023 wird Mohammad Bazzi in Rumänien festgenommen, in den USA inhaftiert und im folgenden Jahr wegen versuchter Umgehung der Sanktionen verurteilt. Gambische und internationale Medien berichten über den Fall des Geschäftsmanns, dessen Vermögen von den USA beschlagnahmt wird. Im Frühjahr 2025 wird sein Strafmass reduziert und seine Ausweisung angeordnet.

Ein Teil der Geschichte blieb bislang weitgehend unbekannt: die engen Geschäftsbeziehungen, die diese schillernde Persönlichkeit mit dem französischen Erdölkonzern TotalEnergies (damals Total) und dessen Genfer Handelstochter Totsa (damals Totsa Total Oil Trading SA, heute Totsa TotalEnergies Trading SA) in Gambia über einen Zeitraum von rund zehn Jahren unterhielt. Totsa wickelt den grössten Teil des Verkaufs von Erdöl und Erdgas für den Konzern ab und machte 2024 bei einem Umsatz von 99 Milliarden Euro 2,3 Milliarden Euro Gewinn. Zwischen 2004 und 2014 oder länger belieferte Total über Unternehmen von Mohammad Bazzi, die damals das Exklusivrecht für den Import von Erdölprodukten nach Gambia hatten, das kleine afrikanische Land mit Erdöl.

Totsa-Büros in Genf durchsucht

Obwohl die Geschäfte in Gambia lange zurückliegen, könnten sie TotalEnergies und Totsa in die Bredouille bringen. Die französische Staatsanwaltschaft für Finanzdelikte hat uns bestätigt, eine Voruntersuchung wegen Verdachts auf Bestechung ausländischer Amtsträger eröffnet zu haben. Gemäss unseren Informationen ist die französische Justiz im Herbst 2021 infolge einer Anzeige von Transparency International Frankreich gegen Unbekannt aktiv geworden. In der Anzeige, die Public Eye einsehen konnte, beschreibt die Nichtregierungsorganisation im Detail die Geschäftsbeziehung zwischen Total und den Unternehmen des belgisch-libanesischen Vermittlers, die ihren Ursprung in den Nullerjahren hatte. Zweck der Anzeige ist, dass die französische Justiz «die französischen natürlichen oder juristischen Personen eruieren kann, die am Korruptionspakt mit der gambischen Regierung beteiligt waren» oder «einen unrechtmässigen Gewinn daraus zogen».

Wie Public Eye in Erfahrung bringen konnte, wurden die Räumlichkeiten von Totsa in Genf im Februar 2024 auf Antrag der französischen Staatsanwaltschaft für Finanzdelikte durchsucht, seitdem wurden weitere Anträge an die Schweiz gerichtet. Die Bundesanwaltschaft (BA) «führt derzeit das französische Rechtshilfegesuch aus», bestätigt ein Sprecher auf Anfrage. Selbst habe die BA jedoch kein Strafverfahren zu diesem Fall in der Schweiz eröffnet.

Mindestens 975 Millionen US-Dollar veruntreut

In der Schweiz konzentrierte sich das Interesse von Medien und Öffentlichkeit bislang auf die Bluttaten des Regimes von Yahya Jammeh. Ende März begann das Berufungsverfahren gegen Gambias ehemaligen Innenminister Ousman Sonko, der 2024 in erster Instanz in Bellinzona wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurde. Durch die französischen Ermittlungen rund um Totsa geraten nun auch mögliche Finanzdelikte und Korruption ins Blickfeld, die in dieser Phase weitverbreitet waren. Mindestens 975 Millionen US-Dollar sollen während der 22-jährigen Präsidentschaft von Yahya Jammeh veruntreut oder geplündert worden sein, so die Schätzung des Recherchenetzwerks Organized Crime and Corruption Reporting Project in einer Rechercheserie aus dem Jahr 2019. Verantwortlich dafür sollen der Präsident selbst und seine Verbündeten sein, darunter auch Mohammad Bazzi. →

Ein nervöser Mohammad Bazzi steht der Antikorruptionskommission Rede und Antwort.



Im Kern geht es dabei um Erdöl und seine Derivate, eine Ressource, die Gambia nicht selbst produziert. Das von Senegal umschlossene Land liegt entlang des namengebenden Flusses und ist von Importen abhängig. Steigende Ölpreise treffen es jeweils hart. Der lokale Strom- und Wasserversorger National Water and Electricity Company (Nawec) wendet fast 70 % seiner Ausgaben für Schweröl auf, das für den Betrieb seiner Generatoren nötig ist. Damit versorgt er die meisten Spitäler und Schulen sowie andere öffentliche Einrichtungen im Land mit Strom.

Bis Anfang der 2000er-Jahre erfolgte die Beschaffung über Ausschreibungen. Nawec war damit aber von Kreditbriefen abhängig: Durch dieses Finanzierungsinstrument können Mittel aufgenommen werden, bei denen die Ware als Kreditsicherung gilt. Die Kreditbriefe wurden bei Banken eingeholt, zudem mussten Garantien für den Anbieter vorgewiesen werden. 2002 beschliesst Präsident Yahya Jammeh, der sich an den Reichtümern seines Landes bedient, dieses Verfahren über Bord zu werfen.

Auf präsidiale Anordnung und ohne Ausschreibung wird nun Mohammad Bazzi über sein Unternehmen Global Trading Group (GTG) zum alleinigen Lieferanten von Schweröl für Nawec. Zwei Jahre später übernimmt ein anderes seiner Unternehmen, die Euro African Group Limited (EAGL), den lukrativen Auftrag. Es erzielt eine Marge von 17 % gegenüber dem vom Preisinformationsdienst Platts (heute S&P Global Energy) geschätzten Ölpreis.

All dies ermittelte die Untersuchungskommission, die 2017 von der neuen Regierung eingesetzt wurde. Ihr Ziel war, mögliche Verstösse gegen die Integrität durch Präsident Yahya Jammeh zu untersuchen sowie die Rolle und Verantwortung von Personen in seinem Umfeld zu

klären. Im März 2019 wurden acht von neun Bänden des Kommissionsberichts veröffentlicht; sie wurden für ihre Seriosität gelobt. Zahlreiche Anhörungen von Zeugen (darunter auch von Mohammed Bazzi) wurden live auf Youtube gestreamt, was von hoher Transparenz zeugt.

Die Kommission kam zum Schluss, dass das Exklusivrecht der beiden Schweröllieferanten EAGL und GTG ihnen eine «bevorzugte Position» gewährte, die «durch Bestechungsgelder und andere korrupte Praktiken aufrechterhalten wurde». Weiter hielt die Kommission fest, dass «angesichts des starken Preisrückgangs nach Ende der Exklusivverträge mehr dafür als dagegen spricht, dass die Treibstoffpreise künstlich in die Höhe getrieben wurden, solange die Verträge galten» (siehe Ausrisse aus dem Bericht der Untersuchungskommission unten auf der Seite).

Kommission empfahl Beschlagnahmung

Die Kommission empfahl die Beschlagnahmung und den Verkauf der unrechtmässig erworbenen Vermögenswerte von Yahya Jammeh und Mohammad Bazzi, die strafrechtliche Verfolgung des ehemaligen Präsidenten wegen «Diebstahls, Wirtschaftsdelikten und Korruption» sowie die Ausweisung des Vermittlers und seiner Unternehmen aus Gambia. Diese Empfehlungen wurden von der neuen gambischen Regierung übernommen. Der Regierung von Adama Barrow, die kürzlich vom Parlament für ihren Umgang mit dem Vermögen des gestürzten Diktators kritisiert wurde, wird von Teilen der Zivilgesellschaft vorgeworfen, die Korruptionspraktiken des vorherigen Regimes fortzuführen.

Nachdem sich Mohammad Bazzis Unternehmen EAGL als strategischer Partner von Nawec etabliert hatte,



The Commission of Inquiry

(3) The Commission finds that the basis for the sole agency status awarded to EAGL and GTG was a direct violation of the government procurement Rules, as it created 'a favoured status' founded on the personal relationship between the directors of EAGL and the Ex-President, which is shown to have been sustained by, and through, direct bribery and other corrupt practices.

(7) The Commission finds that it is more probable than not that the fuel prices during the exclusivity period were inflated having regard to the abrupt decrease of prices which, generally, occurred after the exclusivity ended, even taking into account the 7-month spike in 2015.



Gambias Präsident Yahya Jammeh, hier 2016 an einer Wahlveranstaltung zwei Monate vor seinem Sturz, soll während seiner 22 Jahre im Amt beinahe 1 Milliarde US-Dollar veruntreut haben.

baute es seinen Einfluss weiter aus und wurde gar zum exklusiven Importeur aller Erdölprodukte in Gambia. Eine veritable Goldgrube. Der Geschäftsmann konnte sich jedoch nicht selbst auf dem internationalen Markt versorgen. Laut der Untersuchungskommission, die sich auf Dokumente und Zeugenaussagen stützt, wurde Totsa deswegen zum alleinigen Lieferanten von Erdölprodukten für EAGL und profitierte seinerseits vom Monopol in Gambia. Diese exklusive Stellung hatte fast zwölf Jahre lang Bestand und eröffnete Totsa eine weitere Geschäftsmöglichkeit.

2004 gab Präsident Yahya Jammeh grünes Licht für den Bau eines Erdöllagers in Mandinari, wenige Kilometer von der gambischen Hauptstadt Banjul entfernt. Wieder einmal war der belgisch-libanesische Vermittler mit von der Partie, und zwar über das Unternehmen Gam Petroleum, an dem er zu diesem Zeitpunkt satte 99 % hielt, später veränderte sich die Aktionärsstruktur in undurchsichtiger Weise. Ohne Ausschreibung erhielt Gam Petroleum das Monopol für den Betrieb des Erdöllagers für die ersten fünf Jahre nach seiner Erstellung.

Brandneues Erdöllager

Die Kosten für dieses Öllager wurden auf 50 Millionen US-Dollar geschätzt. Hier sprang der französische Konzern Total als potenter Geldgeber ein. Laut Aussage von Mohammad Bazzi vor der Untersuchungskommission war Total International Ltd. – damals eine auf den Bermudas

domizierte Tochter des französischen Konzerns – bereit, sich neben internationalen Banken an der Finanzierung des Projekts zu beteiligen. Die im Mai 2008 eingeweihte Anlage, die als «technologisch führend» beschrieben wird, umfasst 17 Tanks mit einer Gesamtlagerkapazität von 51.000 Tonnen für Schweröl, Heizöl oder Flüssiggas. In der Folge entschied die Regierung, dass staatliche Unternehmen Anteile an Gam Petroleum erwerben dürfen.

Die Kommissionsberichte enthalten keine Angaben zu den Summen, die Total, das vor Ort auch über Tanks zur Lagerung seiner eigenen Produkte verfügte, in das Terminal investierte. Gesichert ist, dass sich Total und Geschäftsmann Mohammad Bazzi zu diesem Zeitpunkt sehr nahe standen. In einem Brief an Präsident Yahya Jammeh lobt der belgisch-libanesische Vermittler im Dezember 2010 «die solide Partnerschaft, die wir mit Total International pflegen und die sich im Laufe mehrerer Jahre enger Zusammenarbeit entwickelt hat».

Vertrag gerade noch gerettet

Trotzdem verläuft die Partnerschaft nicht ganz ohne Störungen. Denn ab 2009 brauen sich Intrigen an der gambischen Staatsspitze zusammen: Das Unternehmen EAGL läuft Gefahr, seinen Auftrag als exklusiver Importeur von Erdölprodukten in Gambia zu verlieren. Laut Untersuchungskommission wurde Mohammad Bazzi von Totsa darüber informiert, dass eine andere Firma gerade den Zuschlag erhalten hatte, Erdöl aus

Venezuela anzuliefern. Es herrscht höchste Alarmstufe, wie die Kommission berichtet: Der libanesische Geschäftsmann erklärt Präsident Yahya Jammeh schriftlich, aufgrund der wegfallenden Exklusivrechte würde Total nun die Rückzahlung der für den Bau des Öllagers gewährten Kredite fordern. Zudem habe Total den Kredit gekündigt, den EAGL erhalten hatte, um dort strategische Erdölreserven zu lagern. Der Schriftwechsel liegt Public Eye nicht vor.

Einige Tage später macht der Präsident einen Rückzieher und verlängert den Exklusivvertrag von EAGL bis 2014. Zufall oder nicht: Am nächsten Tag eröffnet EAGL ein Konto zugunsten eines Familientrusts von Yahya Jammeh. Innerhalb eines einzigen Monats werden 4,1 Millionen US-Dollar auf das Konto überwiesen. Damit kauft sich der Präsident für 3,5 Millionen US-Dollar eine Immobilie in Potomac bei Washington, D. C., die später von der US-Justiz beschlagnahmt wird.

Seltsame Zufälle

Fragen wirft auch die Kreditlinie in Höhe von 10 Millionen US-Dollar auf, die Total International Ltd. dem Unternehmen EAGL vermutlich um das Jahr 2010 gewährte. Grosse Ölhändler geben ihren Partnern häufig solche Kredite. Angesichts der geringen Finanzkraft von Mohammad Bazzis Firma überrascht dieser besonders grosszügige Vorschuss jedoch, da das Verlustrisiko nicht unerheblich war.

Public Eye konnte die Rechnungslegung von EAGL einsehen. Nach dieser waren per 31. Dezember 2012 vom Kredit von 10 Millionen US-Dollar gegen 4,8 Millionen verbraucht, davon rund 2,8 Millionen bis zum 31. Dezember 2011 und 2 Millionen im Jahr 2012.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der Wasser- und Stromversorger Nawec Mühe, seine Rechnungen zu bezahlen. Grund waren die überhöhten Kosten des Exklusivvertrags mit den Unternehmen GTG und EAGL, die sich hohe Margen sicherten. Im Mai 2010 schreibt Mohammad Bazzi an das Energieministerium und behauptet, dass das staatliche Unternehmen ihm fast 10 Millionen US-Dollar schulde. Hat Bazzi die Kreditlinie von Total genutzt, um die ausstehenden Zahlungen ganz oder teilweise zu kompensieren?

Weitere zeitliche Zufälle werfen Fragen auf: Ab Juni 2011 überweist EAGL jeden Monat fast 15 Millionen Dalsi (etwa 500 000 US-Dollar) auf das Gehaltskonto von Präsident Yahya Jammeh. Nach Angaben der Untersuchungskommission wurden die höchst verdächtigen Zahlungen von EAGL bis November 2013 fortgesetzt und beliefen sich auf insgesamt 10 Millionen US-Dollar.

Aufgrund fehlender Unterlagen konnte Public Eye nicht feststellen, ob der von EAGL bei Total aufgenommene Gesamtkredit zurückgezahlt und für welche Ausgaben er verwendet wurde. Das Geschäft von Mohammad Bazzi florierte jedenfalls weiterhin. 2012

wurde der Exklusivvertrag von EAGL um ein Jahr verlängert, desgleichen im Jahr 2013.

Hingegen trübte sich das Verhältnis zwischen Präsident Yahya Jammeh und dem Geschäftsmann im Verlauf des Jahres 2013. In einem Schreiben vom 7. Mai 2013, das Public Eye vorliegt, erfährt Mohammad Bazzi vom Minister für Präsidialangelegenheiten und Generalsekretär, dass sein Vertrag mit Nawec aufgelöst werden soll und sein Monopol auf den Erdölimport wegfallen wird.

«Sie haben eine Sonderbehandlung mit allen erdenklichen Privilegien genossen», schreibt der Minister an Mohammad Bazzi.

«Sie haben eine Sonderbehandlung mit allen erdenklichen Privilegien genossen», schreibt der Minister. «Von nun an werden Sie wie jeder andere Investor behandelt, nur dass Sie einer strengeren Rechenschaftspflicht unterliegen, da Sie sich als sehr gierig, unehrlich, undankbar und perfid erwiesen haben», fügt er hinzu.

Die Entscheidung, die Exklusivverträge von EAGL und GTG zu kündigen, wurde im folgenden Jahr getroffen. Die Kommission stellt fest, dass die Margen der Anbieter daraufhin deutlich sanken.

Erdöl im Wert von 24 Millionen US-Dollar abgezweigt

Für Total steht nun eine turbulente Zeit in Gambia an. Der Konzern weiss sich aber schliesslich aus der Affäre zu ziehen, indem er insbesondere seine Beziehungen auf höchster Ebene spielen lässt.

Im Jahr 2014 kommt es zu einem unvorhergesehenen Ereignis: EAGL bedient sich im Terminal von Mandinari an gelagerten Vorräten der Schweizer Gesellschaft Totsa. Ohne ihre Genehmigung überführt die Firma Erdölprodukte im Wert von 24,2 Millionen US-Dollar an den nationalen Versorger Nawec, offiziell aufgrund einer Not-situation.

Zu dieser Zeit befindet sich die Firma Gam Petroleum, der das Erdöllager gehört, im Besitz staatlicher Unternehmen sowie von Mohammad Bazzi und seinen Partnern, die 52 % des Kapitals kontrollieren. Der Genfer Händler Totsa, Hauptlieferant des Depots, beschwert sich beim Betreiber und verlangt sofortige Bezahlung; er droht, das Lager zu beschlagnahmen und zu verkaufen, um die Ausstände zu begleichen. Er schreibt sogar an Präsident Yahya Jammeh und seinen Aussenminister.

Die Regierung ist in der Zwickmühle: Entweder sie zahlt dem Händler die 24,2 Millionen US-Dollar zurück oder sie verliert die Kontrolle über das Erdöldepot. Nun gilt es ernst. Nach Angaben der Untersuchungskom-

mission finden in Genf Verhandlungen in Anwesenheit des Finanzministers, des Gouverneurs der gambischen Zentralbank und eines staatlichen Aktionärs von Gam Petroleum statt. Der Betrag, der dem Unternehmen Total geschuldet ist, wird auf 18,6 Millionen US-Dollar reduziert. Der Konflikt scheint 2015 beigelegt worden zu sein, als die Regierung beschliesst, das Öllager zu «verstaatlichen»: Nach Angaben der Kommission haben Mohammad Bazzi und seine Partner darum gebeten, die Schulden gegenüber Total durch den Verkauf ihrer Anteile an Gam Petroleum zu begleichen. 10% der Anteile wurden an staatliche Unternehmen veräußert, die damit die Mehrheit am Kapital erlangten. Es ist nicht bekannt, ob der Erlös aus dem Verkauf tatsächlich zur Rückzahlung an Total beigetragen und welchen Anteil der Erdölkonzern zurückerhalten hat.

Dominante Stellung in korruptionsgeschädigtem Staat

Jedenfalls wird diese Forderung auf die Nawec übertragen, wie die Kommission in ihren Berichten erläutert. Eine Aufstellung zeigt, dass die Regierung im Namen von Nawec knapp 24,2 Millionen US-Dollar an Total International Ltd. überweisen wollte, um den von EAGL geschuldeten Restbetrag zu begleichen. Der Betrag umfasse auch «den der Regierung gewährten Nachlass von 6 Millionen US-Dollar». Ebenfalls nach Angaben der Kommission hat die Regierung von Adama Barrow im folgenden Jahr schliesslich fast 75% der Schulden der Nawec auf die gambischen Steuerzahler*innen übertragen. Public Eye konnte diese Aussagen nicht überprüfen.

Obwohl die Geschäfte von Total und der Genfer Tochterfirma Totsa mit Mohammad Bazzi am Ende der Präsidentschaft Yahya Jammeh ins Stocken gerieten, war

der französische Konzern über ein Jahrzehnt lang ein wichtiger Akteur im undurchsichtigen gambischen Ölssektor. Er war exklusiver Lieferant von Erdölprodukten über die Unternehmen eines Vertrauten des Präsidenten. Und er war Investor in ein brandneues Erdöllager, wo Total selbst Lagerkapazitäten unterhielt. Alles schien glatt zu laufen. Wie kam es zu dieser dominanten Position? Hierzu stellen sich viele Fragen in einem Land wie Gambia, in dem Korruption so weitverbreitet war, dass es 2014 im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International auf Platz 126 von 175 Ländern lag.

Ein Spezialist für den Ölhandel in Afrika, der anonym bleiben möchte, betont gegenüber Public Eye, dass «Gambia zu den kleinen Märkten gehört, die potenziell sehr hohe Margen ermöglichen, aber einem hohen Korruptionsrisiko ausgesetzt sind».

Für Richard Messick, Experte für Korruptionsbekämpfung und ehemaliger Spezialist für Operationen bei der Weltbank, «muss Total sicherstellen, dass seine Kunden sich nicht an Veruntreuungen beteiligen, insbesondere wenn es sich um Staaten handelt, in denen Korruption bekanntermassen weitverbreitet ist». Für den Berater von internationalen Organisationen im Bereich der Korruptionsbekämpfung ist ein Exklusivvertrag über die Lieferung von Erdölprodukten an ein staatliches Unternehmen in Gambia, der ohne Ausschreibung erhalten wurde, «mehr als ein Warnsignal», das den Konzern hätte alarmieren müssen.

Public Eye hat TotalEnergies eine Liste mit detaillierten Fragen vorgelegt. Darauf hat der Konzern nicht reagiert. Mohammad Bazzi wiederum konnte trotz zahlreicher Versuche nicht erreicht werden. ■



Das Ölterminal in Mandinari, in dem Totsa über Lagertanks verfügte.



Knapp 14 000 Menschen fordern, dass sich Korruption nicht bezahlt macht

Vom Bund eingezogene Gewinne von Schweizer Konzernen, die der Bestechung ausländischer Amtsträger überführt wurden, sollen nicht in die Berner Bundeskasse fließen, sondern den betroffenen einkommensschwachen Staaten zurückerstattet werden. Das verlangt eine Petition mit 13 810 Unterschriften, welche Public Eye am 12. März der Bundeskanzlei überreicht hat.

GÉRALDINE VIRET

Trotz wiederholter Vorstösse im Parlament hat der Bundesrat sich bisher geweigert, auf die Frage der Rückgabe der sogenannten Ersatzforderungen einzugehen. Seit erstmaliger Anwendung der Unternehmensstrafbarkeit 2011 flossen exakt 911 910 000 Franken in die Berner Bundeskasse – und nicht, wie «moralisch angezeigt» (O-Ton Bundesrat), ins häufig marode Gesundheits- oder Bildungswesen der von Bestechung besonders betroffenen Länder.

Die Petition, die Public Eye zusammen mit den Nationalräten Christian Dandrès (SP/GE) und Marc Jost (EVP/BE) sowie Freiwilligen aus unseren Regionalgruppen eingereicht hat, will diese Ungerechtigkeit korrigieren. Die Regrus waren die treibende Kraft unserer Kampagne, die im vergangenen Oktober gestartet wurde. So organisierten die Regrus Bern, Genf und Waadt Filmabende mit anschließender Diskussion, die Regru Zentralschweiz thematisierte die Korruption und Rechtsfälle im Rohstoffhandel im Rahmen einer Ausstellung des Künstlers Kalonji, die

Regrus Basel, Winterthur und Neuenburg sammelten Unterschriften auf der Strasse – zum Teil bei bitterer Kälte.

Die Petition ist Teil einer umfassenderen Kampagne, die seit mehreren Jahren gemeinsam mit Organisationen der kongolesischen Zivilgesellschaft geführt wird, um dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. Um diese unrechtmässig erzielten Gewinne an die geschädigten Bevölkerungsgruppen zurückzugeben, bräuchte es nur etwas politischen Willen und eine kleine Gesetzesanpassung.

Bis heute hat sich der Bundesrat stets geweigert, auf die Vorlage einzutreten. Die Stimmen mehren sich, dass die Schweiz hier endlich vorwärts machen und nicht länger von der Korruption profitieren soll. Wir bleiben dran. ■

Stand der Regionalgruppe Neuenburg.





Konzernverantwortung: Jetzt offenen Brief an Bundesrat unterschreiben

Die Zustände auf Zulieferbetrieben von Chiquita (siehe Reportage ab Seite 4) zeigen einmal mehr, dass Schweizer Konzerne trotz grosser Versprechen und Nachhaltigkeitslabel zulassen, dass in ihren Lieferketten grundlegende Arbeits- und Menschenrechte verletzt werden. Genau hier setzt die Konzernverantwortungsinitiative an, indem sie Unternehmen in der Schweiz verpflichten will, dafür geradestehen, wenn sie von solchen Verletzungen profitieren.

Nun hat der Bundesrat entschieden, der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Analyse hat gezeigt: Der Vorschlag geht nicht weit genug! Aktuell läuft die dreimonatige Vernehmlassung, in der sich Bevölkerung und Organisationen zum Vorschlag äussern können.

Damit nicht nur Konzernverbände Einfluss nehmen, haben wir gemeinsam mit der Koalition für Konzernverantwortung einen offenen Brief an den Bundesrat lanciert. Je mehr Menschen diesen zeitnah unterschreiben, desto grösser wird der Druck, einen wirklich wirksamen Gegenvorschlag vorzulegen, der echte Konzernverantwortung sicherstellt. ■



Jetzt echte und griffige
Konzernverantwortung
einfordern:
peye.link/kvi_vn

Swiss Re muss nun in Brasilien vor Vertrag die Risiken prüfen

Im November 2023 deckte eine durch den Investigation Award von Public Eye finanzierte Recherche von Repórter Brasil auf, dass der Versicherungskonzern diverse brasilianische Farmen versichert hatte, die zur Entwaldung beitrugen oder gegen die wegen Sklavenarbeit und bewaffneter Gewalt ermittelt wurde.

Die Enthüllung löste damals ein internationales Medienecho aus, das zwei Jahre später einen regulatorischen Durchbruch ermöglicht hat. Letzten Dezember erliess die brasilianische Regierung einen Beschluss, der für die Gewährung staatlicher Unterstützung bei der Versicherung von Landwirtschaftsbetrieben erstmals soziale und ökologische Kriterien festlegt. Die neue Regelung verhindert, dass auch solche Farmen weiter von subventionierten Policen profitieren können, die wegen illegaler Abholzung aktenkundig sind oder bei denen sklavenähnliche Arbeitsbedingungen festgestellt wurden.

Versicherer wie Swiss Re sind in Brasilien seit Januar 2026 gesetzlich verpflichtet, diese Umwelt- und Menschenrechtsrisiken systematisch auszuschliessen. Bei Nichtbeachtung drohen scharfe Sanktionen. Da die grosse Mehrheit der Versicherungsverträge im ländlichen Raum subventioniert wird, hat diese regelmässig überprüfte Massnahme weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Branche. ■

Daten zur digitalen Überwachung der eigenen Bevölkerung

Im Dezember 2025 haben das Recherchekollektiv WAV und das Digitalmagazin «Republik» enthüllt, wie die US-Überwachungsfirma Palantir wiederholt versuchte, bei Schweizer Behörden Fuss zu fassen – und warum sie bisher abgeblitzt ist. Besonders brisant: Interne Analysen der Armee warnen vor Abhängigkeit, Kontrollverlust und Reputationsschäden. Die Kritik passt Palantir nicht, nun klagt der Konzern gegen die Recherche.

Podcast-Moderator Nico Meier spricht mit dem Journalisten Lorenz Naegeli vom WAV. Wo bleibt die demokratische Mitsprache bei der Wahl von umstrittenen Technologien? Wer kontrolliert die Nutzung sensibler Daten? Und was ist die Gefahr, wenn Behörden von grossen Techkonzernen abhängig werden? ■



Sehen Sie den Podcast zur Überwachungsfirma Palantir:
peye.link/palantir



Wir müssen reden
Public Eye spricht Klartext

Chiquita



Mach mit uns Druck auf Chiquita – bei unserer digitalen Demo gegen die Ausbeutung der Plantagenarbeiter*innen!



stopp-chiquita.ch

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye
Public Eye, Diererstrasse 12,
Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999,
kontakt@publiceye.ch

Spendenkonto:
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch

[publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch)

[@PublicEye](https://www.youtube.com/@PublicEye)

[@publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch)

[@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)

[@publiceye.ch](https://www.whatsapp.com/@publiceye.ch)



**Willst du uns kennenlernen?
Hier gehts zum Gratis-Probeabo!**



Lass dich überzeugen! Entdecke die Arbeit von Public Eye mit den nächsten drei Ausgaben **gratis und ohne weitere Verpflichtungen.**

publiceye.ch/probeabo

